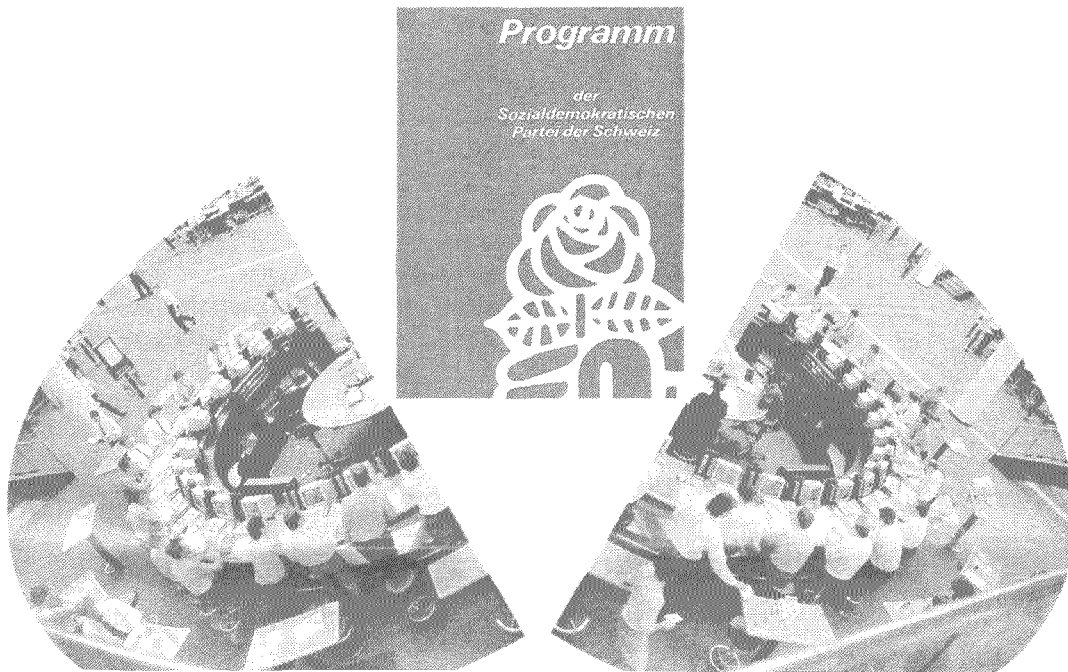


Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)  
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)  
Kretz Annoncen AG (Feldmeilen)

## Unglaublich, aber wahr



Das nach wie vor gültige Programm der SP will noch immer den Kapitalismus überwinden.  
(Photo Markus Senn/Collage AMK)

stammen – man staunt – aus dem aktuellen Programm der SP.

Trotz gewaltigen Veränderungen in den letzten dreizehn Jahren erachten es die Genossen offensichtlich nicht als nötig, ihr aus dem Jahre 1982 stammendes Parteiprogramm zu überarbeiten. Die SP, die sich bei den Beratungen des Kartellgesetzes als wirtschafts- und wettbewerbsfreundliche Partei darzustellen nicht müde wurde, fordert offiziell noch immer die Überwindung des Kapitalismus und orientiert sich wirtschaftlich an den «Arbeiter selbstverwaltungsmodellen» und am Beispiel Jugoslawiens. Wer so politisiert, meldet sich aus der sachpolitischen Debatte ab. ■

Im Vorfeld der Wahlen vom 22. Oktober wird zu Recht viel über den Stil der politischen Auseinandersetzung geschrieben. Die Diskussion über Inhalte dagegen wurde kaum geführt. Wer sich

die Mühe nimmt, neben den flotten Sprüchen auch das «Kleingedruckte» zu lesen, fördert Unerwartetes, ja Kurioses zutage.

MRS. Wer hat das geschrieben? Wirtschaftspolitik: «Dazu gehören die Überwindung des Kapitalismus...» – «Wir verstehen darunter eine Rahmenplanung für Vollbeschäftigung... neue Wirtschaftsstrukturen...» – «Weil die Arbeitenden die Werte schaffen, muss die Wirtschaft ihnen auch gehören.» – «Es ist erstrebenswert, bestehende Unternehmen in selbstverwaltete Organisationsformen zu überführen... Über selbstverwaltete und genossenschaftliche Unternehmensformen ebnen wir das «oben» und «unten» der heute undemokratisch strukturierten Wirtschaft ein.» Diese Aussagen

## Wahlen

Noch rund zehn Wochen trennen uns von den eidgenössischen Wahlen vom 22. Oktober. Welche Ziele hat sich Parteipräsident Nationalrat Franz Steiner gesetzt?

Wie beurteilt er die vergangene Legislaturperiode, welches sind seiner Meinung

nach die wichtigsten Probleme, die den Bund in den nächsten vier Jahren beschäftigen werden? Was meint er zum Verhältnis FDP - SVP?

Antworten auf diese und andere Fragen lesen Sie ab Seite 5.

(Photo ruti)



### Inhalt

- Gegen eine Politik unter der Gürtellinie votiert unser Kolumnist auf Seite 8
- Worum es beim Stadtberner Quotenmodell geht, lesen Sie auf Seite 12
- Umweltpolitik ist Thema ab Seite 13

# Willenlose Weltgemeinschaft

Das Uno-Konzept für Bosnien-Herzegowina ist zusammengebrochen. Der Westen insgesamt hat seine Glaubwürdigkeit verloren.

◊ Jacques Baumgartner

Bald wird die Teilung von Bosnien-Herzegowina im geopolitischen Sinne der bosnischen Serben und des serbischen «Mutterlandes» perfekt sein. Seit einundvierzig Monaten – so lange dauert der Krieg bereits – schaffen die bosnischen Serben auf dem Boden militärisch-politische Tatsachen, derweil die sogenannte Weltgemeinschaft papierene Resolutionen und als Drohung gedachte Worthülsen produziert.

Die Atlantische Allianz (Nato) will jetzt mit Schlägen aus der Luft die bosnischen Serben zur Raison bringen, sollten sie es wagen, auch Gorazde anzugreifen. So schauen die Uno in New York und die Nato in Brüssel auf diese in Ostbosnien, nahe der Grenze zu Serbien gelegene Stadt, derweil die bosnischen Serben auf Bihac im Westen – eine Uno-Schutzzone – marschieren. Bosnische (muslimische) Regierungstruppen hatten Bihac 1993 erobert. Bihac ist von strategischer Bedeutung. Eine Eisenbahnlinie verbindet es mit Banja Luka, dem wichtigsten «Aussenposten» der bosnischen Serben in Westbosnien. Bihac-Banja Luka ist zudem die Lebenslinie der Krajina-Serben. Die Krajina mit der «Hauptstadt» Knin gehört zu Kroatien.

Jetzt hat Kroatien in den Krieg gegen die bosnischen Serben eingegriffen. Diese werden bedrängt, und sie haben bereits das «Mutterland» Serbien dringend um militärischen Beistand ersucht. Noch zögert Belgrad. Die bosnischen Serben halten kroatisches Territorium besetzt, und es war nur eine Frage kurzer Zeit, bis Kroatien dieses zurückerobert. Zu Kroatien gehört die Krajina, im

der separatistische Serben leben. Noch unlängst hatte der kroatische Präsident, Franjo Tudjman, der sogenannten Kontaktgruppe zugesichert, Kroatien werde die Krajina nicht angreifen, zumindest «nicht vor dem Ablauf des Uno-Mandates in Kroatien im November». Der «Kontaktgruppe» gehören die USA, Russland, Deutschland, Frankreich und Grossbritannien an.

Die Nato will sich künftig – sofern von den Uno-Kommandanten am Ort angefordert – bei der Wahl der möglichen Ziele auf das konzentrieren, was die Kampfkraft der bosnischen Serben schwächt. So verlautete im Nato-Hauptquartier in Brüssel, die «Luftschläge» könnten Kasernen, Munitionsdepots, Luftabwehreinrichtungen oder strategisch wichtigen Verkehrsverbindungen, Brücken gelten.

Die Führung der bosnischen Serben unter dem vom Uno-Tribunal in Den Haag zum Kriegsverbrecher erklärten Radovan Karadzic solle wissen, dass die Nato «fest entschlossen sei». Das westliche Verteidigungsbündnis will hingegen an einer politischen Lösung als Ziel aller militärischen Massnahmen weiterhin festhalten. Ein Abzug der Uno-Soldaten bedeutete letztlich noch mehr Schaden für die Zivilbevölkerung. Solange Blauhelme der Uno-Schutztruppe (Unprofor) in Bosnien-Herzegowina ständen, würden die Chancen für eine friedliche politische Lösung aufrechterhalten.

## Waffenschmuggel floriert

Es scheint, die Uno, die Nato geben sich erneut einer weiteren Illusion hin. Die Konfliktparteien verfügen über ausreichende Vorräte an Waffen und Munition, um

den Krieg (noch lange) fortsetzen zu können. Mit der Verhängung des Uno- und EU-Waffenembargos 1991 gegen das gesamte frühere Jugoslawien sollte eine Ausweitung des Krieges verhindert werden, die Kriegsparteien sollten keinerlei Nachschub an Rüstungsgütern erhalten. Eine Seeblockade mit 21 Nato-Kriegsschiffen hat sich bisher als wirksam erwiesen. Auf dem Lande wird hingegen das Waffenembargo unterlaufen. Das Arsenal der bosnischen (muslimischen) Regierungstruppen besteht vorwiegend aus leichten Waffen. Um sich gegen die mit überlegener Waffentechnik ausgerüsteten Serben wirksam verteidigen zu können, fordern sie daher, dass ihnen der Kauf gleichwertiger Waffen ermöglicht werde. Der Waffenschmuggel floriert. Bekannt ist, dass iranische Jumbojets verschiedentlich mit «geheimer» (Waffen-)Fracht für die bosnischen Muslime in Zagreb landeten.

Die bosnischen Serben haben alle Waffen der exjugoslawischen Bundesarmee, welche sich auf bosnisch-herzegowinischem Gebiet befanden, «geerbt». Sie verfügen über Panzer, schwere Artillerie, Helikopter, Kampfflugzeuge. Die «Blockade» an der Grenze zu Serbien und Montenegro (Rest-Jugoslawien) war von Anfang an brüchig, kaum wirksam. Die Grenze wird nur von einigen Uno-Soldaten bewacht, zudem sind nachts die Kontrollposten unbesetzt. Am bosnisch-serbischen Luftabwehrsystem sind die Serben direkt beteiligt. Neuerdings verhaftet serbische Militärpolizei in Zusammenarbeit mit ihren bosnischen und kroatischen Brüdern junge Männer (in Serbien) auf offener Strasse, in Lokalen und deportiert sie in die serbisch besetzten Gebiete Bosniens und Kroatiens.

## Schlag für Clinton

Der amerikanische Senat hat sich mit Zweidrittelmehrheit dafür ausgesprochen, das Waffenembargo gegen Bosnien einseitig zu beenden. Das ist eine Ohrfeige für die Uno und vorerst ein empfindlicher Schlag ins Gesicht von Präsident Bill Clinton. Der von Senator Bob Dole eingebrachte

Gesetzestext sieht allerdings vor, dass der Präsident eine Aufhebung des Waffenembargos erst nach einem Abzug der Uno-Soldaten oder zwölf Wochen nach einer möglichen Abzugsforderung der bosnischen Regierung verfügen muss. Auch danach besteht die Möglichkeit, die Massnahmen um jeweils einen Monat zu verschieben, sofern Clinton dem Kongress zwingende Gründe der nationalen Sicherheit nennen kann. Dole, der schon heute als der republikanische Herausforderer von Clinton bei den Präsidentschaftswahlen 1996 gilt, hat die Bosnien-Politik des Präsidenten als «bankrott» erklärt; der Uno und der Nato wirft er «völliges Versagen» vor.

Clinton argumentiert, dass eine Aufhebung des Embargos den Krieg verschärfen werde und dass Briten und Franzosen – wie angedroht – ihre Uno-Soldaten abzögen. Dann müssten die Amerikaner die «militärische Lücke» ausfüllen. Das Ergebnis wäre nicht nur ein Konflikt mit den Verbündeten, sondern der Bosnien-Krieg werde «amerikanisiert» werden.

Eine grosse Hypothek des Bosnien-Krieges sind die verschiedenen Fremdinteressen. So reagierte beispielsweise Russland auf die Abstimmung im amerikanischen Senat dahingehend, dass es sich im Falle einer Aufhebung des Waffenembargos gegen Bosnien nicht mehr länger an jenes gegen Serbien halten werde. Im übrigen wickeln schon seit geraumer Zeit russische «Geschäftsleute» von Zypern aus (via Griechenland) Waffengeschäfte mit den Serben ab.

Der bosnisch-serbische Oberbefehlshaber und Kriegsverbrecher (laut Uno-Tribunal) Ratko Mladic hat «zugesichert», Gorazde werde nicht angegriffen. Das dürfte zumindest für den Augenblick gelten, aber wahrscheinlich nicht mehr, wenn der Winter eingeleitet ist. Serbisch-bosnisch-serbischer Kriegsplan dürfte sein, Ostbosnien zu «konsolidieren», um letztlich zumindest über ein etwas kleineres «Gross»-Serbien zu gebieten. ■

# Christina Meier gäbe Villiger den Nobelpreis

**Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?**

Dass sich die liberalen Ideen wie Toleranz, Freiheit des Individuums, Menschenrechte etc. doch noch verwirklichen lassen, vorausgesetzt, dass der Mensch wirklich das vernunftbegabte und verantwortungsbewusste Wesen ist, das zur Realisierung einer liberalen Welt nötig wäre.

**Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?**

Die zunehmende Umweltverschmutzung und die Unvernunft des Menschen, die unsere Lebensgrundlagen und das Leben auf der Erde bedrohen.

**Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?**

Für die wichtigste halte ich die Erfindung einer allgemein gut erlern- und lesbaren Schrift, ohne die der Fortschritt nie möglich gewesen wäre; die entbehrlichste ist meiner Meinung nach die Erfindung aller Massenvernichtungsmittel.

**Was lieben Sie an der Schweiz?**

Die saftiggrüne bis bizarre Landschaft, die Einzigartigkeit des politischen Systems.



Christina Meier würde gerne die Geister von Frisch, Dürrenmatt und Wilhelm Tell beschwören.

**Was missfällt Ihnen in unserem Land?**

Die momentan vorherrschende miese Stimmung, die konservative Verweigerungshaltung gegen alles Neue, die langsamen Mühlen der Politik.

**Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells ein-**

thurn. Delegiertenratsmitglied der Jungliberalen Schweiz. Mitglied der Ortsparteileitung Niedergösgen. Mitglied des Parteivorstandes des Bezirks Gösgen. Gemeinderätin der Einwohnergemeinde Niedergösgen (seit 1993). Jungliberale Nationalratskandidatin.

**Liebste Tätigkeit:** Diskutieren, lesen, ausgehen (falls ich einmal Zeit dazu finde). ■

**verstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich»?**

Ich kann mich damit einverstanden erklären. Minderheiten spielen eine Vorreiterrolle.

**Warum sind Sie bei den Freisinnigen?**

Eigentlich bin ich mit Leib und Seele eine Jungliberale, die als Vertreterin der Jungliberalen bei der Mutterpartei fungiert.

**Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker, wem würden Sie ihn verleihen?**

Meiner Meinung nach hat keiner der grossen Politiker auf der internationalen Politbühne das Format für einen Nobelpreis. Einen schweizerischen Nobelpreis würde ich Bundespräsident

Kaspar Villiger für seine Reformfreudigkeit und seine Auffassung des Liberalismus verleihen.

**Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?**

Durch offenes und ehrliches Auftreten, gut fundierte Argumente und etwas Charisma.

**Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?**

Nun, wir Frauen sind zwar auf dem Papier gleichberechtigt, doch wir haben noch viel Umerziehungsarbeit in den «Köpfen» der Schweizerinnen und Schweizer zu leisten.

**Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?**

Stärke: Selbstdisziplin. Schwäche: Gutmütigkeit, «Nicht-Nein-sagen-Können».

**Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?**

Ich wälze eine Menge Bücher für mein Studium, doch für mein privates Lesevergnügen leiste ich mir momentan «La nausée», von J.-P. Sartre.

**Was tun Sie, um sich fit zu halten?**

Nichts, ausser dem täglichen Spurt zum Bahnhof.

**Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?**

Auf einer einsamen Insel mit Sartre, Rousseau, A. Smith und Marx diskutieren.

**Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?**

Dazu müsste ich die Geister von Frisch, Dürrenmatt und Wilhelm Tell beschwören, deren Ansichten über den Zustand der Schweiz ich gerne erfahren würde. ■

## KURZBIOGRAPHIE

### Christina Meier

**Zur Person:** Von Niedergösgen, ledig

**Alter:** 22

**Berufliche Stationen:** Matura E in Olten 1994, Wirtschaftsstudium an der Uni Basel.

**Politischer Werdegang:** Seit 1988 bei den Jungliberalen. Vorstandsmitglied in der Regionalgruppe Olten und bei den Jungliberalen des Kantons Solo-



# Ratgeber für Streitfälle

«Ehe du ein Haus kaufst, erkundige dich nach den Nachbarn», rät ein arabisches Sprichwort. Wer bereits Hauseigentümer ist, kann aber seine Nachbarn nicht mehr aussuchen – dann heisst es, sich zu arrangieren. Wenn alle Nachbarn den neuen Ratgeber des Schweizerischen Hauseigentümergebietes (SHEV)\* studieren und beherzigen, entfallen künftige Streitigkeiten weitgehend.

*wvi.* Es gibt wohl kaum jemanden, der nicht in irgendeiner Form schon mit dem «Nachbarrecht» konfrontiert worden ist, sei es, dass man sich durch die laute Musik aus der Nachbarwohnung gestört fühlte oder dass Unsicherheit darüber herrschte, wie nahe an die Grundstücksgrenze eine bestimmte Pflanze gesetzt werden darf. Gerade weil sich das Nachbarrecht mit «alltäglichen Belangen» befasst, sind die Problemkreise sehr viel-

gestaltig. Und genauso vielfältig wie die Probleme, die sich aus dem Zusammenleben der Nachbarn ergeben, sind auch die nachbarrechtlichen Bestimmungen. Die neue Publikation des Schweizerischen Hauseigentümergebietes bezweckt, einen Überblick über die breitgefächerte Materie des Nachbarrechts zu verschaffen und Ansatzpunkte und Hinweise zur Bewältigung konkreter Probleme zu geben.

## Toleranz nötig

Im Vordergrund der Ausführungen steht dabei die Förderung

eines guten Einvernehmens unter den Nachbarn, indem die Kenntnis der Rechtslage die gütliche Beilegung nachbarlicher Streitigkeiten begünstigt. Ziel des neuen SHEV-Buches ist es, den Lesern einen Überblick über die nachbarrechtlichen Bestimmungen zu verschaffen. Den juristisch nicht versierten Nachbarn sollen ihre Rechte und Pflichten bei der Nutzung ihres Eigentums aufgezeigt werden.

Die Erfahrung zeigt, dass vielfach bereits die Kenntnis der Rechtslage dazu beiträgt, Konflikte aus dem Weg zu räumen. Sind sich die Betroffenen ihrer Rechte und Pflichten bewusst und zeigen sie die nötige Bereitschaft, im gemeinsamen Gespräch eine einvernehmliche Lösung zu finden, so kann oft ein langwieriger und kostspieliger Rechtsstreit vermieden werden.

Das neue Buch enthält einleitend einige allgemeine Ausführ-

ungen. Anhand eines kurzen Abrisses über die Rechtsentwicklung wird die Verteilung der nachbarrechtlichen Bestimmungen auf die verschiedenen Gemeinwesen dargelegt. Dies erleichtert es, die massgebenden Bestimmungen aufzufinden. Nicht nur das Zivilgesetzbuch enthält Bestimmungen über unzulässige Einwirkungen auf Nachbargrundstücke, auch im öffentlichen Recht von Bund, Kantonen und Gemeinden finden sich zahlreiche Vorschriften, welche die Nachbarn in der Nutzung und Ausübung ihres Grundeigentums einschränken. Deshalb enthält das Buch auch Ausführungen über den Unterschied zwischen «öffentlichem Recht» und «Privatrecht». Der ausführliche Anhang enthält sämtliche nachbarrechtlich relevanten Vorschriften aller Kantone. ■

\* Monika Sommer: Nachbarrecht. Schweizerischer Hauseigentümergebiet. 296 Seiten, Fr. 34.–.

## Mit weniger Volumen mehr im Griff

Die 91. Ausgabe des Adressbuches der Schweiz ist soeben erschienen.\* Der Benutzer erhält in zwei kompakten Bänden die jüngsten Informationen über den gesamten Schweizer Markt und den des Fürstentums Liechtenstein. Während der erste Band sich als ein nach Kantonen und Gemeinden gegliedertes Geschäftstelefonbuch präsentiert, bewährt sich der zweite Band als Branchenbuch.

*PD.* Die Telefonbücher erscheinen dieses Jahr erstmals gesamtschweizerisch in 25 Bänden. Aufeinandergestapelt ergibt das einen Bücherwall in der Höhe von 70 cm. Die Suche nach den richtigen Geschäftsadressen und -telefonnummern kann damit zur Mühsal werden, besonders wenn die Buchgebietseinteilung nicht sofort klar ist und Zeit Geld bedeutet.

Mit dem Adressbuch der Schweiz in zwei kompakten Bänden liegen die Informationen ganz einfach vor. Denn das kom-

pakte Geschäfts- und Branchen-Telefonbuch gibt nicht nur Antwort auf die Frage «Welche Firma liefert mir was?», sondern erweist sich, da bis auf wenige – vorwiegend nichtgewerbliche – Zweige alle Unternehmen einmal nach Standort und einmal nach Branchen eingetragen sind, als gute Entscheidungshilfe.

Ergänzt wird die vorliegende Ausgabe durch wertvolle Zusatzinformationen: Adressen der Wirtschaftsverbände, aller Bundesbehörden, Angaben über Kantons- und Gemeindebehörden

sowie die diplomatischen Vertretungen der Schweiz im Ausland als auch des Auslandes in der Schweiz. Messedaten und Seminarräume findet der Benutzer in diesem praktischen Firmenlexikon ebenso wie die Angaben zu Einwohnerzahlen und Infrastruktur der einzelnen Gemeinden. Jeder Firmeneintrag ist mit Symbolen der entsprechenden Handelsebenen (Produktion, Grosshandel, Einzelhandel, Dienstleistung, Handwerk und Gewerbe, Vermietung) ergänzt.

\* Die 91. Ausgabe des Adressbuches der Schweiz (1995/96) ist bei der Verlegerin MOSSE ADRESS AG, Räfelstrasse 25, 8045 Zürich, über die Gratis-Bestellnummer 155 27 55 für nur 270 Franken (zuzüglich Porto) erhältlich.

## Guter Ratgeber

Die 38. Ausgabe der Schweizer Werbe-Agenda\* ist soeben erschienen. Die Werbe-Agenda ist das einzige gesamtschweizerische Nach-

schlagewerk, das in kompakter Form sämtliche Informationen über die Werbung enthält.

*(PD)* Die Schweizer Werbe-Agenda richtet sich nicht nur an Werbeprofis. Wo und wann immer im Kommunikations- und Vertriebsbereich Lieferanten von Dienstleistungen und Produkten sowie Hintergrundinformationen gesucht werden, ist die Werbe-Agenda ein guter Ratgeber.

Der Benutzer wird zielgerichtet durch die Welt der Kommunikation geführt. Die einzelnen Kapitel unterliegen einer sucherfreundlichen Struktur, da sie in einen Adressenteil und einen Serviceteil mit Tarifen sowie redaktionellen Beiträgen gegliedert sind.

\* Die 38. Ausgabe der Schweizer Werbe-Agenda 1995 ist bei der Verlegerin Mosse Adress AG, Räfelstrasse 25, 8045 Zürich, über die Gratis-Bestellnummer 155 27 55 für 190 Franken (zuzüglich Porto) erhältlich.





Zum Aufbruch bereit.

(Photo ruti)

## «Gemeinsam werden wir es schaffen»

Noch rund zehn Wochen trennen uns von den eidgenössischen Wahlen am 22. Oktober. Was hat die FDP in den vergangenen vier Jahren geleistet? Was strebt sie für die nächste Legislatur an? Wie sind die gegenwärtigen Beziehungen zur SVP zu werten, wie diejenigen zur SP? Diese und andere Fragen stellen wir Parteipräsident Franz Steinegger.

Anna-Marie Kappeler

**Franz Steinegger, warum sollen Wählerinnen und Wähler der FDP ihre Stimme geben?**

Franz Steinegger: «Die grosse Qualität des Freisinns ist, dass er Probleme nicht nur bejammert, sondern nach pragmatischen Lösungen sucht. Die Geschichte des Freisinns ist zugleich die Erfolgsgeschichte der Schweiz. Noch immer fühlen wir eine besondere Verantwortung für unser Land.

Wir wollen durch unsere Problemlösungskompetenz überzeugen.

Wir sind auch heute zum Aufbruch bereit und kämpfen für die Erneuerung unseres Staatswesens. Wir glauben, dass die Schweiz die Herausforderungen der Gegenwart bewältigen kann, und wollen den nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Schweiz und ein geordnetes Staatswesen überlassen.

Unsere Linie ist klar: Wir sehen die Aufgabe des Staates darin, die Spielregeln so festzulegen, dass die Bürgerinnen und Bürger darin möglichst frei und

selbstverantwortlich handeln können. Wir treten ein für eine freie Marktwirtschaft mit sozialer und ökologischer Verpflichtung.»

**Welche Wähler möchte die FDP vermehrt ansprechen?**

Franz Steinegger: «Wir sind überzeugt davon, dass wir noch ein grosses Wählerpotential haben bei den Frauen und generell bei jungen Leuten, die im Beruf stehen und etwas leisten wollen. Ihnen kann der Wirtschaftsstandort Schweiz nicht gleichgültig sein. Sie wissen auch, dass nur ein Staat mit einer gesunden Wirtschaft Wohlstand für alle schaffen kann.»

**Wo situiert sich die FDP, und wer sind ihre politischen Gegner?**

Franz Steinegger: «Wir situieren uns als Mitte-Rechts-Partei. Als solche dürfen wir die Bürgerin-

nen und Bürger auch bei sogenannten «rechten» Fragen nicht allein lassen. Wir fühlen uns im Gegenteil verantwortlich für die Sorgen, welche die Bevölkerung beschäftigen, z. B. Asylpolitik, innere Sicherheit usw. Die FDP bringt damit auch Themen zur Sprache, welche die Linke und der Teil der Medien, der sich in ihrem Fahrwasser befindet, tabuisieren wollen, indem sie sie als «rechts» einstufen und alle, welche davon sprechen, dem Verdacht des Rechtspopulismus aussetzen.

In erster Linie kämpft die FDP gegen ihren natürlichen politischen Gegner, die SP. Da aber auch Parteien von der äussersten Rechten in unserer Wählerschaft für sich werben, zu denen in gewissen Kantonen auch die SVP gehört, müssen wir auf beiden

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

Seiten des politischen Spektrums wachsam bleiben.»

**Eine «grosse Koalition» mit der SP wird es also nicht geben?**

Franz Steinegger: «Nein, sicher nicht. Über unser Verhältnis zu SVP und SP wurde in letzter Zeit viel gesprochen und geschrieben – Intelligentes und Dümmlisches, Zutreffendes und Falsches.

Wir sehen uns als stärkste und bestimmende Kraft der bürgerlichen Mehrheit mit SVP, CVP usw. Die FDP trägt die Hauptlast bei der Auseinandersetzung mit den linken politischen Kräften. Wir behalten uns aber vor, in Einzelfällen zur Durchsetzung unserer politischen Positionen – ich betone: *unserer* Positionen – andere Mehrheiten zu suchen.»

**Was sagen Sie zum SVP-«Stiefel-Inserat»?**

Franz Steinegger: «Statt sich mit den politischen Gegnern auf der Linken auseinanderzusetzen, zielt der Wahlkampf der Zürcher SVP direkt auf unsere Wählerinnen und Wähler. Durch das «Stiefel-Inserat» ist aber nicht nur politisch agiert worden. Das Inserat enthält eine moralische Abqualifizierung.

Die Versetzung eines politisch Andersdenkenden in den Zustand der moralischen Unperson geht über das normale Mass politischer Konkurrenz hinaus. Nachdem Rasseneigenschaft und Klasseneigenschaft als Grund-



Franz Steinegger: «Die Geschichte des Freisinns ist zugleich die Erfolgsgeschichte der Schweiz.» (Photos imagopress)

lage für moralische Abqualifizierung verwendet worden sind, nimmt nun die Zürcher SVP die Einstellung zur EU-Frage als Ausgangspunkt. Dies muss auch eurokritische Bürgerinnen und Bürger auf den Plan rufen. Hier geht es um die politische Kultur in der Schweiz.»

**Was hat die FDP in den vergangenen vier Jahren geleistet?**

Franz Steinegger: «Als grössten Erfolg betrachte ich die Einführung der Mehrwertsteuer. Damit wurden die Einnahmen des Bun-

des auf ein solides Fundament gestellt. Mit der gleichzeitigen Abschaffung der «taxe occulte», der sogenannten Schattensteuer, und der Stempelsteuer sowie durch die Ratifizierung des neuen Gatt (WTO) haben wir für die Wirtschaft bessere Rahmenbedingungen geschaffen.

Bei den Bundesfinanzen bleibt die FDP am Ball. Dem Druck insbesondere der FDP ist es zu verdanken, dass das Defizit nicht noch besorgniserregender ausgefallen ist und nicht einfach durch Mehreinnahmen saniert werden wird.

Weiter Erfolge der FDP sind die Einführung der Ausgabenbremse und von Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht: beides Vorschläge, welche die FDP in die politische Diskussion eingebracht und die das Schweizervolk sehr klar gutgeheissen hat.

Im Bereich der Wirtschaft bleiben für die FDP die Bemühungen um Deregulierung und Revitalisierung aktuell. Mit der FDP und ihrer Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung und Stärkung der Wettbewerbskräfte wird es in der Schweiz wieder aufwärts gehen.

Grundlagenarbeit hat die FDP geleistet zur Effizienzsteigerung

im öffentlichen Bereich, Stichwort New Public Management: ein Thema, das uns weiter intensiv beschäftigen wird.

Bei der Sozialpolitik verweise ich auf die 10. AHV-Revision, das neue Krankenversicherungsgesetz und das Arbeitslosengesetz. Überall waren unsere Exponenten bei der Ausgestaltung und Durchsetzung an vorderster Front dabei.»

**Ihre Prognose für den 22. Oktober?**

Franz Steinegger: «Ich bin optimistisch, dass wir unsere Position als Partei mit dem grössten Wähleranteil und der stärksten Fraktion im Parlament ausbauen. Wir wollen die stärkste Kraft der bürgerlichen Mehrheit bleiben. Den Wähleranteil wollen wir näher zu 24 Prozent bringen als zu 20 Prozent. – Gemeinsam werden wir es schaffen.»



Franz Steinegger: «Wir wollen die stärkste Kraft der bürgerlichen Mehrheit bleiben.»

## WAHLFEST

## Fit für den Wahlkampf

«Fit für den Wahlkampf.» So heisst das Motto für das Wahlfest der FDP Schweiz. Und wo liesse sich dieses Motto besser umsetzen als in der Eidgenössischen Sportschule Magglingen? Aktiv und fröhlich wollen wir den 26. August 1995 gemeinsam verbringen und für den Endspurt starten. In ungezwungener Umgebung stellen wir unsere Wahlplattform mit unseren zentralen Themen vor. Wir sagen klar, wohin die Freisinnigen die Schweiz führen wollen.

## Programm

- 10.30 Uhr Eintreffen am Bahnhof Biel
- 10.30–11.30 Uhr Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln nach Magglingen  
Fussmarsch in den Raum «End der Welt»
- 10.45–11.30 Uhr Die bereits Eintreffenden amüsieren sich bei der Halle an verschiedenen Posten unter dem Motto «Sport ohne Schweiss»
- 11.30 Uhr **FDP-Wahlplattform**
- Legislaturbilanz und Zielsetzung für die nächsten vier Jahre
  - Präsentation der FDP-Wahlplattform
  - Ansprachen der FDP-Bundesräte
  - FDP-Wahlplattform im Clinch: FDP-Politikerinnen und FDP-Politiker stellen sich kritischen Fragen
- Musikalische Darbietungen
- 13.30 Uhr Verpflegung
- 14.00 Uhr Sportteil: nach Lust und Laune
- 15.30 Uhr Ende der Veranstaltung

**Anmeldeschluss ist der 16. August 1995.** Ihr Beitrag an die Unkosten wird Fr. 30.– betragen (Transport Bahnhof Biel–Magglingen retour und Mittagsverpflegung inbegriffen). Nach Eingang Ihrer Anmeldung werden wir Ihnen einen Einzahlungsschein zustellen, mit dem Sie den Unkostenbeitrag überweisen können. Sobald die Einzahlung registriert ist, ist Ihre Anmeldung gültig.

## Anmeldetalon

- Ja, ich nehme am FDP-Wahlfest vom 26. August in Magglingen teil

Ich bin interessiert, mich in den folgenden Sportarten zu betätigen:

- Fussball  Landhockey
- Volleyball  Beach-Volley
- Basketball

- Ich bin Passiv-Sportler

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

Wohnort: \_\_\_\_\_

Anmeldetalon einsenden an: FDP der Schweiz, Wahlkundgebung, Postfach 6136, 3001 Bern oder per Fax (031) 312 19 51.

## VERANSTALTUNG

FDP-Frauen  
für eine starke Schweiz

## Wahlveranstaltung vom 24. August 1995

## Ablauf

- 11.00 Uhr Treffpunkt Bern, Münsterplatz (Achtung: neu!)
- 11.10 Uhr Bezug Plattform Münsterplatz
- 11.15 Uhr Begrüssung durch Parteipräsident Nationalrat Franz Steinegger
- 11.20 Uhr FDP Frauen (manifest) für eine starke Schweiz  
Regierungsrätin Cornelia Füg, SO
- 11.25 Uhr Auftritt der Regierungsrätinnen  
Regierungsrätin Stéphanie Mörkofer-Zwez, AG, Regierungsrätin Marianne Kleiner-Schläpfer, AR, Regierungsrätin Alice Scherrer-Baumann, AR, Regierungsrätin Anita Rion, JU, Regierungsrätin Ruth Schwerzmann-Müller, ZG, Regierungsrätin Marina Masoni Peltoni, TI, Regierungsrätin Elisabeth Gander-Hofer, OW
- 12.00 Uhr Auftritt der Ständeratskandidatinnen  
Ständerätin Christine Beerli, BE, Nationalrätin Vreni Spoerry, ZH, Helen Leumann, LU, Monique Pichonnaz Oggier, FR, Erika Forster, SG, Ursula Brasey, TG, Françoise Saudan, GE
- 12.25 Uhr Schlusswort von Fraktionspräsident Nationalrat Pascal Couchepin
- Musik, kleine Verpflegung

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51

Rollende  
Programmarbeit

Folgende Positionspapiere können bestellt werden (1 Ex. gratis, grössere Bestellungen bei der Kantonalpartei):

- Neutralität
- Finanz- und Steuerpolitik
- Patentierbarkeit von Erfindungen betreffend Organisationen
- Tourismus
- Wohnen
- Entwicklungshilfe
- Landwirtschaftspolitik
- Sozialpolitik
- Öffentliche Sicherheit
- Effizienzsteigerung im staatlichen Bereich
- Äussere Sicherheit

- Forschung und Bildung
- Kulturpolitik
- Perspektiven liberaler Lebensgestaltung
- Aussenpolitik
- Wirtschaftspolitik
- Wege aus der Arbeitslosigkeit
- Innere Sicherheit
- Seniorenpolitik
- Regierungsreform

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51.



# FDP-Frauen zum 1. August

Das Ringen um die Zukunft unseres Landes veranlasst uns FDP-Politikerinnen, zum 1. August unsere Ziele darzulegen. Wir wollen damit einen Beitrag leisten, die Schweiz von morgen mitzugestalten. Wir möchten wesentliche Elemente, welche die erfolgreiche Vergangenheit unseres Landes prägten, in die Zukunft hinübertragen. Dazu gehören Dialogbereitschaft, gegenseitiges Verständnis, Offenheit. Abnehmende Rationalität und zunehmende Konfrontation sind keine idealen Ausgangspunkte, um angesichts der grossen politischen Aufgaben rasch zu einvernehmlichen und nützlichen, am Wohl der Bürger und Bürgerinnen orientierten Lösungen zu kommen.

Zum 1. August rufen wir FDP-Politikerinnen die Frauen und Männer im ganzen Land auf, gemeinsam unsere Probleme von heute und morgen zu lösen. Dies muss im Geist der Verantwortung geschehen und darf nicht in eine provokative Politik ausarten, wie sie von linken und rechten Extremisten vorgeführt wird. Wir aktive FDP-Politikerinnen setzen uns dafür ein, dass in der Willensnation Schweiz die sprachliche und kulturelle Vielfalt erhalten bleibt und Föderalismus und Toleranz gestärkt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Arbeitswelt an Leistung orientiert bleibt und nicht zu einem Kampfplatz um immer weniger Arbeitsplätze wird. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere Wirtschaft stark bleibt und dass sie Rahmenbedingungen schafft, die den Frauen eine Mitarbeit ermöglichen. Wir setzen uns ein für die Erhaltung der Umwelt, in der wir alle leben wollen und müssen. Und wir werden, gerade als Frauen, dafür Sorge tragen, dass die sozialen Netze, die wir gemeinsam aufgebaut haben, nicht zerreißen, sondern finanzierbar bleiben. Ohne Bildung und kulturellen Einsatz denkender Bür-

gerinnen und Bürger können wir diese Ziele nicht erreichen. Darum setzen wir uns für ein starkes Bildungssystem auf allen Stufen ein, sei dies auf staatlicher oder privater Grundlage. Wir werden unsere Ziele auch nicht als international isolierte Schweiz erreichen. Deshalb wollen wir gegenüber Europa und der Welt offen sein und gleichzeitig daran denken, dass wir zuerst in unserem Land ein tragfähiges Fundament für diese Entwicklung brauchen.

Diese Botschaft der freisinnigen Frauen zum 1. August soll allen Bürgerinnen im Land Mut machen, ihre demokratischen Rechte einzufordern, ihre demokratischen Pflichten wahrzunehmen und persönlich einen Entscheid über die Zukunft unseres Landes zu treffen.

*Regierungsrätin Cornelia Füg-Hitz, Solothurn; Regierungsrätin Stéphanie Mörkoffer-Zwez, Aargau; Regierungsrätin Marianne Kleiner-Schläpfer, Appenzell A.-Rh.; Regierungsrätin Alice Scherrer-Baumann, Appenzell A.-Rh.; Regierungsrätin Anita Rion, Jura; Regierungsrätin Ruth Schwerzmann-Müller, Zug; Regierungsrätin Marina Masoni Pelloni, Tessin; Regierungsrätin Elisabeth Gander-Hofer, Obwalden.*

*Ständerätin Christine Beerli, Bern; Nationalrätin und Ständeratskandidatin Vreni Spoerry, Zürich; Nationalrätin Geneviève Aubry, Bern; Nationalrätin Trix Heberlein, Zürich; Nationalrätin Christiane Langenberger, Waadt; Nationalrätin Lili Nabholz, Zürich; Nationalrätin Milli Wittenwiler, St. Gallen.*

*Ständeratskandidatin Ursula Brasey, Thurgau; Ständeratskandidatin Erika Forster, St. Gallen; Ständeratskandidatin Helen Leumann, Luzern; Ständeratskandidatin Monique Pichonnaz Oggier, Fribourg; Ständeratskandidatin Françoise Saudan, Genf.*

*Nationalratskandidatinnen in allen Kantonen.* ■

## KOLUMNE

### Politik unter der Gürtellinie



Die Hemmschwelle ist weiter gesunken – auch in der politischen Propaganda.

Die *Solothurner Sozialdemokraten* präsentieren sich für die Nationalratswahlen «kussecht und vogelfrei». Der Schriftsteller Peter Bichsel bezeichnete den Slogan als «unsäglich und erbärmlich»; und er trat aus der SP, der er seit 37 Jahren angehört hat, aus, denn er möge kein «Sauglattist» sein. Die *Zürcher SVP* inseriert gegenwärtig mit Hunderttausenden von Franken gegen die «linken und andern heimatmüden Parteien», die die Schweiz in die EU führen wollen. Der Zürcher SVP-Präsident Christoph Blocher hat die Denunziation als «Heimatmüde» persönlich zu rechtfertigen gesucht und jeden Verzicht auf diese Beleidigung abgelehnt. Dass er damit innerhalb und ausserhalb der SVP allen, die eine andere Auffassung in der Europapolitik vertreten, die Heimatliebe abspricht, grenzt an Verleumdung und ist im Grunde Ausdruck sturer Überheblichkeit. Während in der Berner SVP vorwiegend «Freude herrscht», herrscht in der Zürcher SVP Diffamierung, werden die Bundespolitik und die «classe politique» und die bürgerlichen Partner, die der SVP noch vor kurzem zu einem zweiten Sitz im Zürcher Regierungsrat verhalfen, verunglimpft. Und der schweizerische SVP-Präsident schweigt weiter.

Beide Propagandabeispiele bewegen sich unter der Gürtellinie – und beide stammen von zwei mitverantwortlichen Bundesratsparteien. In einer Konkordanzregierung hat jeder Partner ein gewisses Mass an «Narrenfreiheit», weil erfolgreiche Politik häufig nur auf einer mittleren Linie zu führen ist. Wenn aber die Allparteienregierung nur noch zum Alibi

für die Sicherung eines Machtanteils wird und man sich daneben die Freiheit nimmt, in Fundamentalopposition zu machen oder in möglichst vielen, auch in grundlegenden Fragen auszuscheren, so muss das zu einem desolaten Zustand der Landespolitik führen.

Die *SVP* zeigt in der schweizerischen Politik heute zwei höchst unterschiedliche Gesichter: ein offenes, eher reformfreudiges in Bern und der Westschweiz und ein konservativ-reaktionäres Nein-Sager-Gesicht in Zürich und seinem Satellitenkreis in der Innerschweiz. Vielfach dominiert die Zürcher Haltung dann die schweizerische Delegiertenversammlung. In andern Parteien gilt in der Regel, dass sich zwei derart diametral auseinanderlaufende Hälften in wichtigen Fragen zusammenschlagen; aber in der SVP scheint dies entweder unmöglich oder unerwünscht zu sein, weil man mit zwei Gesichtern besser zu fahren glaubt...

Die *Sozialdemokratische Partei* hat sich mit ihrer Ankündigung weiterer Armee-Halbierrungs-Initiativen einmal mehr in der Sicherheitspolitik als *Querschläger* entpuppt. Sie hat ihren armeefeindlichen Charakter seit den zwanziger Jahren – mit Ausnahme der Zeit unmittelbar vor und während des Zweiten Weltkrieges – nie ganz ablegen können. Dafür hat sie häufig gegenüber der Gewalt auf der Strasse im Innern eine unverständliche Laxheit an den Tag gelegt. Auch im ideologischen Vakuum nach dem Ende des «real existierenden Sozialismus» hält sie in der Praxis an ihrer Staatsgläubigkeit fest und verlangt für mehr Etatismus höhere Steuern (Reichtumssteuer, Mehrwertsteuer von 15 Prozent). Was bei den nächsten Wahlen Not tut, ist eine Stärkung der verantwortungsbewussten und verantwortungswilligen Kräfte, die realistische, konstruktive Lösungen suchen auf einer bürgerlich-liberalen Linie – und nicht unter der Gürtellinie.

*Alt Nationalrat Dr. Kurt Müller, Meilen ZH*

# VON DER DONAU ZUR MOLDAU

Oberösterreich – Südböhmen – Prag

**NEU!**

7 Tage inkl.  
Halbpension **Fr. 795.-**

Cervena Lhota

Zwei Flüsse, in denen sich europäische Geschichte widerspiegeln, landschaftliche und kunsthistorische Schönheiten Südböhmens, prachtvolle Städte wie Passau, Linz, Wels, Krumau und Prag werden Ihnen auf dieser Reise begegnen. Nicht nur bedeutende Städte von Rang machen diese Reise zu einem Erlebnis, sondern auch die vielen kleinen Details, die Sie während der Schifffahrt auf der Donau, der romantischen Rundfahrt durch den Böhmerwald und bei der Besichtigung der Burgen und Schlösser entdecken. Und zu guter letzt besichtigen wir das goldene Prag, die tschechische Hauptstadt.

## Reiseprogramm

**1. Tag:** Fahrt via Feldkirch – Bludenz – Arlberg-tunnel – Innsbruck – Salzburg – nach Wels.

**2. Tag:** Fahrt auf direktem Weg (Autobahn) nach Passau. Um 09.00 Uhr Beginn einer 5stündigen unvergesslichen Donauschiffahrt. Die 91 km lange Fluss-Strecke ist grösstenteils noch natürlicher Flusslauf, gesäumt von vielen interessanten Burgen, Schlössern und Kirchen. Um 14.00 Uhr Ankunft in Linz, der an der Donau gelegenen Hauptstadt Oberösterreichs. Zeit zur freien Verfügung für einen Bummel durch die alten, beschaulichen Viertel. Malerisch an der Donau gelegen, besticht sie durch ihre gut erhaltene Altstadt mit Barockfassaden, Renaissance-Höfen, der Stadtpfarrkirche Mariä Himmelfahrt und dem stattlichen Schloss hoch über der Donau. Am späteren Nachmittag Rückkehr zu unserem Hotel.

**3. Tag:** Fak. Ausflug nach Südböhmen. Fahrt via Linz – Freistadt zur österreichisch/tschechischen Grenze. Bald darauf erreichen wir Böhmisches Krumau (Cesky Krumlov), eine der schönsten und reizvollsten Städte Böhmens. Böhmisches Krumau gehört zu den meistbesuchten Städten Böhmens, dessen Ausstrahlung und Harmonie wohl unübertroffen

ist. Das Schloss (zweitgrösste Anlage nach der Prager Burg) hoch über der Moldau beherrscht durch seine mächtigen Ausmasse das gesamte Stadtbild. Nach der Schlossbesichtigung geht es weiter auf aussichtsreicher Strecke und durch typische südböhmische Dörfer nach Budweis (Ceske Budejovice). Rundgang durch den historischen Stadtkern mit quadratischem Marktplatz, der von guterhaltenen Renaissance- und Barockbauten umgeben ist und zu den schönsten Plätzen Europas zählt. Abends Rückkehr nach Wels.

**4. Tag:** Fahrt der Donau entlang nach Melk. Hier besichtigen wir das schon von weithin sichtbare, gewaltige Benediktinerstift, einem der bekanntesten und prächtigsten Klöster Österreichs. Danach weiter stromabwärts folgen wir der Donau in den schönsten Teil des Flusstals, die Wachau, eine herrliche, vom Weinanbau und von alten, sagenumwobenen Burgen geprägte Landschaft.

**5. Tag:** Fahrt via Linz – Tabor nach Prag.

**6. Tag:** "Goldenes Prag" – wird die Hauptstadt Tschechiens mit ihren über 100 Türmen und Kuppeln, imposanten Brücken und altherwürdigen Häusern gern genannt. Auf einer geführten Stadtrundgang werden Sie die wichtigsten Sehenswür-

digkeiten kennenlernen. Der Nachmittag steht zur freien Verfügung für individuelle Besichtigungen oder Shopping.

**7. Tag:** Heimfahrt via Pilsen – Nürnberg – Heilbronn – Stuttgart zu den Einsteigeorten.

## Preise pro Person

7 Tage inkl. Halbpension	Fr. 795.-
Einzelzimmerzuschlag	Fr. 180.-
Fak. Ausflug Südböhmen	Fr. 45.-
Annulationsschutz oblig.	Fr. 15.-

## Reisedaten: (Sonntag-Samstag)

27.08.-02.09.95*	24.09.-30.09.95
03.09.-09.09.95	01.10.-07.10.95
10.09.-16.09.95	08.10.-14.10.95
17.09.-23.09.95*	

\* Bei diesen Reisedaten erfolgt das Reiseprogramm in umgekehrter Reihenfolge!

## TWERENBOLD-Leistungen

- Fahrt mit klimatisiertem Fernreisebus
- Unterkunft in Erstklass-Hotels inkl. 6x HP
- Alle Zimmer mit Dusche/Bad und WC
- Donau-Schiffahrt Passau-Linz
- Eintritt Stift Melk, Schloss Karlstein
- geführte Stadtrundfahrt in Prag
- Erfahrener Chauffeur/Reiseleiter

## Abfahrtsorte

06.45 Bern	07.15 Garage Twerenbold <b>P</b>
07.30 Olten	07.45 Baden
08.00 Lenzburg	09.00 Winterthur
08.30 Zürich	

## Einreisebestimmungen

Für die Einreise in die Tschechische Republik benötigen Sie einen noch über 6 Monate über das Einreisedatum hinaus gültigen Reisepass.

Für telefonische Anmeldung und weitere Informationen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Die Platzzuteilung im Car erfolgt nach Eingang der Anmeldung. 1. bis 3. Sitzreihe kann gegen Zuschlag gebucht werden.

Kundenparkplätze in Baden-Rüthof vorhanden.



Damit alle gut fahren, seit 1895.

**TWERENBOLD**

Fislibacherstrasse, CH-5406 Baden-Rüthof, Tel. 056-84 02 02

## Anmeldetalon Von der Donau zur Moldau

Name	Vorname		
Name	Vorname		
Adresse			
PLZ/Ort			
Reisedatum	Zimmer: Doppel	Einzel	
Einsteigeort	Telefon		
Fakultativer Ausflug ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>		Eigene Annulationsvers. vorhanden ja <input type="checkbox"/>	



# «Hart sein – Frau bleiben»

Ein fröhliches, unbeschwertes Fest veranstalten die drei bürgerlichen Frauenorganisationen von CVP, FDP und SVP am 16. September 1995 im Schützenhaus Albisgütli in Zürich. Dabei sollen die Kandidatinnen der bürgerlichen Parteien präsentiert werden. Teilnehmen werden auch die drei Bundesräte Flavio Cotti, Jean-Pascal Delamuraz und Adolf Ogi.

Erstaunen löste zunächst die Wahl des Ortes aus. Franziska Frey-Wettstein (FDP-Frauen), Brigitte Hauser-Süess (CVP-Frauen) und Margrit Gilardi (SVP-Frauen) formulierten es an der gemeinsamen Pressekonferenz folgendermassen: «Dieser

Frauen ein- und durchzubringen. Härte auch immer wieder mit sich selbst, um seinen Ideen treu zu bleiben. «Trotzdem wollen wir vor allem Frauen bleiben, die fraulichen Eigenschaften und Qualitäten beibehalten und in der Politik einbringen», meinen

○ Madeleine Kuhn-Baer,  
Landrätin aus Glarus

Im Wahljahr 1995 haben sich die schweizerischen CVP-, FDP- und SVP-Frauen etwas Besonderes ausgedacht, um die National- und Ständeratskandidatinnen zu unterstützen: ein Frauenwahlfest, welches durch das Gemeinsame, Unbeschwerte und Fröhliche sowie durch viel Atmosphäre auffallen will. Im Vordergrund wird nicht die einzelne Kandidatin stehen, sondern die grosse Zahl von bürgerlichen Frauen, die sich für ein Mandat in Bern zur Verfügung stellen.

## Auch Männer willkommen

Das Fest, an dem selbstverständlich auch Männer willkommen sind – es heisst «Frauenwahlfest», weil es dabei um die bürgerlichen Kandidatinnen geht –, wartet mit einem attraktiven Programm auf. Zu Beginn der Feier wird Dr. Heide Schmidt, Gründerin und Klub-Obfrau des «Liberalen Forums Österreich», im SKA-Forum Üetlihof zum Thema «Gleichstellungspolitik im Spannungsfeld ideologischer Auseinandersetzungen» referieren. Sie



Franziska Frey-Wettstein: Das Albisgütli feminin besetzen.

(Photo ruti)

ist nicht nur eine profilierte Kämpferin für die Frauenrechte in Österreich, sie hat sich auch mit Mut und Tatkraft von der FPÖ und deren Obmann Jörg Haider getrennt und eine eigene liberale Partei aufgebaut. Sie ist Nationalrätin und wird unterstützt von jungen Menschen, Karrierefrauen und Wirtschaftsleuten.

Mit einem Apéro wird dann das Fest im Schützenhaus Albisgütli eröffnet. Durch das Programm führt Silvia von Ballmoos, bekannt als Ansagerin beim Schweizer Fernsehen DRS. Es wird Darbietungen von Birgit Steinegger, den Les Nanas und anderen geben. Man lasse sich überraschen!

## Staub aufgewirbelt

Das gemeinsame Fest hat durch verschiedene Elemente einigen Staub aufgewirbelt – was ja auch Ziel der Organisatorinnen war.

Ort ist, wie kaum einer, von volkstümlichen Festen geprägt, zum Beispiel dem Knabenschieszen. Ein Ort, der nur so von «Blut und Boden» strotzt! Unser Ziel ist es, auch diesen Ort feminin, bürgerlich und frauenspezifisch zu besetzen.»

Eher wohlwollend aufgefallen ist das Logo des Festes mit dem Yin- und Yang-Zeichen. Es unterstreicht, dass die bürgerlichen Frauen eine partnerschaftliche Politik anstreben. Es braucht ja das frauliche und das männliche Element, um die anstehenden Probleme lösen zu können. Nur gemeinsam wird uns dies gelingen.

Am meisten Wirbel hat der Slogan «Hart sein – Frau bleiben» entfacht. Die Organisatorinnen wollen damit ausdrücken, dass es Härte braucht, um im politischen Alltag bestehen zu können. Härte, um die Anliegen der

die drei Präsidentinnen der bürgerlichen Frauengruppen. Wohl vor allem dank diesem Slogan, der auf den ersten Blick provoziert, hat das Fest in den Medien grosse Beachtung gefunden. Im Analyse-Ergebnis des Institutes für angewandte Argumentenforschung, Bern, vom 9. Juni 1995 erhält er gar dickes Lob: «Im Zusammenhang mit dem bisher zu Recht als Frauenwahljahr bezeichneten Jahr 1995 ist auch der Slogan der bürgerlichen Frauen: «Hart sein – Frau bleiben» wirklich originell, weil dieser Slogan sogar in der umgekehrten Reihenfolge eine Aussage darstellt: «Frau sein – hart bleiben»...»

## Leitspruch für Exekutive

Und was sagen Exponentinnen der drei Frauengruppen dazu? Stellvertretend für andere sei hier die Stellungnahme der frei-

Garten- und Landschaftsarchitekten,  
Erdbauingenieure

100 Jahre  
Erfahrung,  
Dynamik,  
Tradition

Ein  
Jahrhundert  
für unsere  
Umwelt

**Spross**

Wir planen, bauen, sanieren  
und pflegen auch Ihren Garten  
für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich  
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62



sinnigen Aargauer Regierungsrätin Stéphanie Mörkofer-Zwey wiedergegeben: «Hart sein – Frau bleiben» – ein Leitspruch, der vieles beinhaltet, das meinen Alltag als Mitglied einer kantonalen Exekutive prägt: Situationen und Aufgaben, die rasche und manchmal harte Entscheide erfordern, während die Betroffenen meinen, die Frau im Regierungsrat sollte sanft sein und alle, insbesondere alle sozial gefärbten Wünsche erfüllen. Sachgerecht entscheiden und die eigene Sensibilität bewahren, auch wenn von aussen manchmal die Kritik nur so prasselt: Hart sein und dabei doch Frau bleiben – und immer daran denken, dass es viele Frauen und Männer gibt, die mittragen und mithelfen.

Hart sein aber auch beim Willen, Frau zu bleiben. Frauen führen anders, diskutieren im Regierungskollegium anders, gehen Probleme anders, oft kompro-

missloser an als Männer – nicht besser, sondern anders. Der Druck, dieses Anderssein aufzugeben, kann vor allem für Frauen, die sich völlig allein in Männergremien bewegen, oft gross sein. Diesem Druck nachzugeben wäre schade, weil damit das konstruktive Neue an der Zusammenarbeit zwischen Männern und Frauen verlorengehe. Deshalb: Hart sein, um Frau bleiben zu können, und immer daran denken, meine Arbeits- und Gesprächspartner werden sich an mich gewöhnen, und wir werden miteinander einen gemeinsamen, guten Weg finden.» ■

## Tagung «Schul(re)formen für die liberale Familie»

**Die Jahrestagung 1995 der FDP-Frauen Schweiz ist dem höchst aktuellen Thema «Schul(re)formen für die liberale Familie» gewidmet. Sie findet am 26. August im Pfarreizen-trium Liebfrauen in Zürich statt.**

*mb.* Nach einer Begrüssung durch Franziska Frey-Wettstein, Präsidentin der FDP-Frauen Schweiz, werden drei Fachleute den Bereich Tagesschulen aus ihrer spezifischen Sicht beleuchten: Dr. phil. Ruth Hungerbühler, Redaktorin Radio DRS 2, als Soziologin, Peter Roth, Leiter für Pädagogik/Psychologie am Seminar für pädagogische Grundausbildung Zürich, aus pädagogischer Sicht, und Sabine Littmann Wernli, Lehrbeauftragte an der Universität Zürich, unter dem Aspekt der Ökonomie.

Nach dem Mittagessen referiert der Vorsteher des Schul-

amtes der Stadt Zürich, Stadtrat Dr. Hans Wehrli, über das Thema «Quartierschulen – Blockzeiten-schulen». Diesem Kurzreferat schliesst sich eine Podiumsdiskussion über das Tagungsthema an. Unter der Leitung von Kommunikationsberaterin Gabriela Winkler diskutieren: Christine Egerszegi, Stadträtin und Grossrätin aus dem Kanton Aargau, Ursula Rellstab, Präsidentin des Tagesschulvereins, Reinhart Suter, Leiter der städtischen Tagesschule Staudenbühl in Zürich, Dorothea Tuggener, Heilpädagogin und Tagesschulleiterin aus Embrach, sowie Rolf Oehler, Betriebswirtschafter und Journalist aus Mörschwil.

Anmeldeschluss für diese sehr interessante Tagung, die wertvolle Impulse vermitteln dürfte, ist am 10. August. Für Rückfragen stehen Ursula Stähli, Erlinsbach, Tel./Fax (064) 34 26 85, oder Esther Weber, Wollerau, Tel./Fax (01) 785 05, gerne zur Verfügung. ■

Hart sein  Frau bleiben

**FRAUENWAHLFEST VOM 16. SEPTEMBER 1995**  
im Schützenhaus Albisgüetli, Zürich

Am 16. September 1995 feiern wir miteinander ein etwas ungewöhnliches Wahlfest. Ein ausschliesslich von Frauen der drei bürgerlichen Parteien konzipiertes Treffen, das sich einmal anders als die üblichen Parteianlässe präsentiert. Im Mittelpunkt steht die Unterstützung unserer National- und Ständeratskandidatinnen.

**Organisation:** FDP/CVP/SVP-Frauen

**Festkarte pro Person:** Minimalbeitrag Fr. 60.–, Ordentlicher Beitrag Fr. 100.–, Spenden sind willkommen

**Anmeldung bis 15. August 1995 an:**  
FDP/CVP/SVP-Frauenfest, Postfach, 5417 Untersiggenthal  
Einzahlungen ausschliesslich mit Giro auf PC-Konto: 50-11630-8

Die Festkarten werden erst nach Zahlungseingang zugestellt

**Anmeldung zum Frauenwahlfest**  
vom 16. September 1995 in Zürich

Name:.....  
Vorname:..... Partei:.....  
Strasse:..... Nr:.....  
PLZ:..... Ort:.....  
Namen der Begleitpersonen:.....  
Einbezahlt Fr.:..... Anzahl Personen:..... Spende:.....  
Anzahl Menues mit Fleisch: ..... Anzahl Menues vegetarisch:.....  
Datum:..... Unterschrift:.....



### FDP-Foulard 95

Endlich ist das neue Foulard der FDP erhältlich. Wie die bisherigen besteht es aus 100 Prozent rei-

ner Seide, Satin Crêpe, ist 90x90 Zentimeter gross und natürlich in den Farben rot/blau/weiss/schwarz gehalten.

Ich bestelle \_\_\_\_\_ Stück FDP-Foulard 95 zu Fr. 50.–

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51. ■

# Partnerschaft statt Quoten

Heute versteht sich von selbst, dass Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft ihren berechtigten Platz haben, dass ihnen gleiche Chancen gehören wie den Männern. Fixe Quoten zur Sicherung der politischen Repräsentation der Frauen in unseren Institutionen sind jedoch undemokratisch und verfehlen das Ziel.

◊ Franziska Stalder-Landolf, Stadträtin Bern

Die Diskussion um eine garantierte Vertretung der Frauen ist nicht neu. Im letzten Frühling wurde eine Initiative auf Bundesebene eingereicht, welche eine gerechte Frauenvertretung in den Bundesbehörden verlangt. Im kommenden September wird das Stadtberner Stimmvolk über die Quotenregelung für das Stadtparlament befinden.

Das Stadtberner Quotenmodell sieht vor, dass jedes Geschlecht zu mindestens 40 Prozent im Stadtrat vertreten ist. 32 der 80 Sitze sind so Frauen vorbehalten. Gewählt wird wie bisher. Wird die Mindestquote nicht erreicht, wird mittels einer mathematischen Formel eine Mandatsumverteilung vorgenommen: von einem Mann an eine Frau innerhalb jener Liste, in der eine Frau ein Mandat am knappsten verpasst hat. Und zwar geht der Sitz auf dieser Liste an jene Frau mit den höchsten Stimmzahlen unter den Nichtgewählten anstelle des Mannes mit der niedrigsten Stimmzahl der Gewählten. Die Mindestquote soll während der ganzen Legislatur garantiert sein.

## Der gesellschaftliche Wandel

Eine stärkere Mitwirkung der Frauen am politischen Leben ist erwünscht und notwendig. Seit der Einführung des Frauenstimmrechtes ist der Anteil der politisch tätigen Frauen in allen Parteien, von links bis rechts und auf allen Ebenen, sichtbar gestie-

gen. Gesellschaftspolitisch hat sich mehr verändert, als vielen bewusst ist. Männer und Frauen haben im Privatleben zu einer echteren Partnerschaft gefunden. Der Wille der Frau, sich zu Hause und in der Öffentlichkeit zu engagieren, wird generell respektiert. Andererseits legt heute mancher Mann im Haushalt Hand an und übernimmt Betreuungsaufgaben.

Was zu Hause Wirklichkeit ist, wird zunehmend auch in Politik und Beruf als Norm gefordert. Mit der Annahme des Gleichheitsartikels in der Bundesverfassung 1981 wurde vom Schweizer Volk ein klares Bekenntnis zur rechtlichen Gleichbehandlung der Geschlechter abgelegt. Die Anpassung von eidgenössischem und kantonalem Recht an diesen Verfassungsgrundsatz ist seither im Gange.

Die gesellschaftlichen Veränderungen vollziehen sich jedoch für viele, vor allem für Frauen, allzu langsam. Man vergisst dabei, dass die Gleichstellung auch ein gesellschaftliches Umdenken erfordert. Das neue Rollenverständnis kann nicht allein durch Gesetze oder extreme Massnahmen bewirkt werden. Der gesellschaftliche Wandel muss sich in den Herzen und Köpfen der Menschen vollziehen, er braucht Zeit.

## Die Quote als untaugliche Frauenförderungsmassnahme

Die Quote korrigiert nur Symptome. Die tatsächlichen Gründe für die Untervertretung der Frauen hingegen greift sie nicht auf. Gesellschaftlich bedingte Ursachen haben mitunter zur Folge, dass den Parteien, insbesondere den bürgerlichen, weniger Frauen für die Übernahme eines poli-



Franziska Stalder-Landolf nimmt Stellung zum Stadtberner Quotenmodell.

tischen Mandates zur Auswahl stehen.

Das Quotenmodell verfälscht den Wählerwillen. Das Grundrecht, zu wählen und gewählt zu werden, wird für das eine Geschlecht eingeschränkt und gleichzeitig für das andere erweitert. Die Beschneidung des aktiven und des passiven Wahlrechtes ist staatspolitisch und rechtlich fragwürdig.

Die Quote greift in den natürlichen Prozess des gesellschaftlichen Wandels am falschen Ort mit ungeeigneten Mitteln ein. Seit 1971 steigt der Frauenanteil in den politischen Behörden nachweisbar ständig an, in allen Parteien. So wurden in der Stadt Bern 1992 freiwillig sogar 42,5% Frauen ins Parlament gewählt. Weshalb soll nun eine neue Regelung in diesen positiven Vorgang eingreifen?

Übrigens dürfte im Falle einer Annahme der Quotenregelung die Wahlbeteiligung noch weiter abnehmen. Das an sich schon komplizierte Proporzwahlssystem wird wegen der Quotenzwänge noch undurchschaubarer. Die Staatsverdrossenheit würde weiter zunehmen.

Eine gesetzlich verankerte Quotenregelung könnte zudem auch für die nichtstaatliche Frauenförderung kontraproduktiv sein, denn: was der Staat schon tut, brauchen Parteien und Private nicht auch noch zu machen.

Kommt dazu, dass die Quote jenen nicht gerecht wird, welche auf Grund ihrer politischen Zielvorstellungen und nicht auf Grund des Geschlechts gewählt werden wollen.

## Überzeugungsarbeit statt Forderungspolitik

Freisinnige Politik basiert auf dem freien und selbstverantworteten Handeln aller Mitglieder unserer Gesellschaft. Politische Entscheide sollten ganzheitlichen Kriterien standhalten; das gilt auch für die Frauenpolitik. Die FDP hat klare Vorstellungen von einer freiheitlichen Lebensgestaltung. Sie begegnet den gesellschaftlichen Veränderungen mit einer liberalen Haltung und unterstützt mehrheitsfähige Gleichstellungsmassnahmen. Aber eine Bewusstseinsbildung durch Überzeugungsarbeit hat langfristig mehr Erfolg als die feministische Forderungspolitik. Der Prozess der freiwilligen Frauenförderung wird deshalb den dauerhafteren Erfolg haben. Er wird sich auf einem Niveau einpendeln, das vom gesellschaftlichen Umfeld bestimmt wird, nicht von einer Wahlformel.

Das im Alltag bewährte Motto lautet: Partnerschaft statt Quoten! Gemeinsames Handeln ist auch in der Frauenfrage der richtige Weg zum Ziel. ■

## IMPRESSUM

### Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 311 34 38, Telefax (031) 312 19 51.

#### Verantwortlich

##### für die Redaktion:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Anna-Marie Kappeler (AMK). Für die Kantonsseiten die jeweilige Kantonalpartei.

#### Inseraten-Verwaltung:

Kretz AG, Verlag und Annoncen, General Wille-Strasse 147, Postfach 105, 8706 Feldmeilen, Telefon (01) 923 76 56, Fax (01) 923 76 57.

#### Druck:

Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.-  
Jahresabonnement Fr. 20.-

# Optimierte Abfallwirtschaft spart Kosten u. Ressourcen

In der Abfallwirtschaft wartet in den nächsten Jahren noch viel Arbeit auf uns. Um so wichtiger ist es, dass die Parteien sich engagiert mit diesen Themen befassen. Die FDP Schweiz ist hier auf dem richtigen Kurs. Dies durfte ich an der Tagung vom 20. Mai zum Thema «Deregulierung – Risiko oder Chance für die Umwelt?» erfreut feststellen.

◉ Von Bernhard de Quervain\*

Die Diskussion über die künftige Struktur der Abfallwirtschaft hat begonnen und wird sich in den nächsten Jahren intensivieren. Im Mittelpunkt stehen Forderungen nach einer Flexibilisierung des Entsorgungs- und Verwertungssystems. In diese Gespräche eingebracht hat sich auch die Schweizer Zementindustrie. Sie beabsichtigt, bis in fünf Jahren 75 Prozent ihres Energiebedarfs mit alternativen Brennstoffen aus geeigneten Abfallstoffen zu decken. Da diese den fossilen Brennstoff Kohle ersetzen, wird in der Gesamtbilanz eine Entlastung der Umwelt in Form von sinkenden CO<sub>2</sub>-Emissionen resultieren.

Interessant für alle liberalen Kräfte: Diese privatwirtschaftliche Initiative ermöglicht zudem volkswirtschaftliche Einsparungen von beträchtlicher Höhe. Voraussetzung dafür ist, dass die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Marktteilnehmern verstärkt wird. Ziel sollte sein, die Kapazitätsplanung von Abfallentsorgungsanlagen unter Einbezug der Zementindustrie gesamtschweizerisch zu koordinieren.

## Strukturen ergänzen

Die Schweizer Abfallwirtschaft ist noch geprägt vom Grundsatz, dass jede Region innerhalb des eigenen Gebietes Abfallautonomie anstrebt. Dieses Credo bedarf aus heutiger Sicht dringend der Überholung und Ergänzung.

Wie dies möglich ist, zeigt das Beispiel der Abfallregion Bern.

Noch bis vor drei Jahren war dort eine zweite Kehrichtverbrennungsanlage (KVA) geplant. Nach eingehenden Abklärungen wird heute jedoch ein anderes Vorgehen postuliert. Kernpunkt dieser sowohl ökologisch als auch volkswirtschaftlich sinnvollerer Lösung ist, dass die KVA Bern die Funktion eines Abfallpools übernimmt. Sie koordiniert die Zuteilung der zu verbrennenden Abfälle über die Grenzen ihrer eigenen Abfallregion hinaus mit der KVA Zuchwil und der noch zu erstellenden KVA Thun, die beide über Kapazitätsreserven verfügen.

Explizit in dieses Szenario einbezogen sind auch die Zementwerke, die verstärkt Altholz thermisch nutzen wollen. Sie können mit dem vom Buwal und vom BEW befürworteten Einsatz von Alternativbrennstoffen die KVA entlasten. Der Vorteil eines solchen Splitting-Modells ist, dass die bestehenden Verbrennungskapazitäten optimal ausgelastet werden können. Der Anstieg der Entsorgungskosten wird dadurch gebremst, und die Gefahr von Fehlinvestitionen sinkt. Diese Entwicklung wird sich im Portemonnaie der Steuerzahlenden positiv bemerkbar machen.

## Neue Entwicklungen

Das verstärkte Engagement der Privatwirtschaft in Fragen der Entsorgung und Verwertung von Abfallstoffen entspricht den neuesten gesetzgeberischen und politischen Entwicklungen. Die Umweltschutz-Gesetzgebung erfasst die Produkte vermehrt von

der Entstehung über den Konsum bis hin zur Entsorgung und postuliert für Industrie und Gewerbe das Verursacherprinzip. Ganz deutlich tritt diese neue Stossrichtung im innovativen Zürcher Abfallgesetz hervor. Eine weitere Tendenz ist, nicht Gebote und Verbote einzusetzen, sondern auf freiwillige Leistungen der Privatwirtschaft abzustellen. In diesem Sinne hat der Bundesrat kürzlich beschlossen, die CO<sub>2</sub>-Abgabe erst dann einzuführen, wenn die Reduktionsziele nicht über freiwillige Massnahmen erreichbar sein sollten. HCB hat in dieser Frage bereits den Tatbeweis angetreten: Mit der Anlage zur Verwertung von Trockenklärslamm (HCB Siggenthal

AG), der Anlage zur Verwertung von Altholz (HCB Rekingen AG) und dem Fernwärmenetz Cadcime (HCB Eclépens VD) leisten wir einen wesentlichen Beitrag zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen und damit zum Aktionsprogramm «Energie 2000». In dieselbe Richtung zielt auch die Initiative «Neue Brennstoffe im Zementofen» der Schweizer Zementindustrie. Als Grundlage des Einsatzes alternativer Brennstoffe dient dabei eine ebenfalls auf freiwilliger Basis entstandene Regelung mit dem BUWAL. Wir setzen uns dafür ein, dass die Abfallwirtschaft in der Schweiz optimiert wird. Eine flexible Lösung wird uns helfen, Kosten und Ressourcen einzusparen. Gleichzeitig können wir uns durch einen solchen Schritt weiter einer möglichst optimalen Kreislaufwirtschaft annähern. Ein Ziel, das Unterstützung verdient. ■

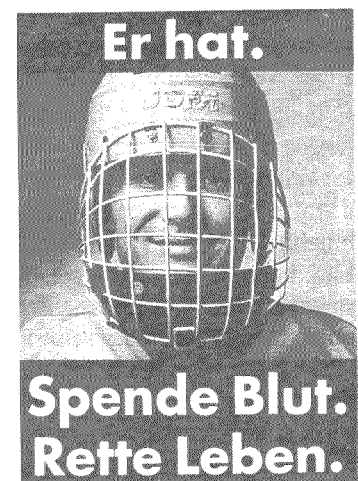
## Für eine effiziente Umweltpolitik

Am 20. Mai 1995 veranstaltete der Ausschuss für Umweltpolitik der FDP der Schweiz eine Studientagung zum Thema «Deregulierung – Risiko und Chance für die Umwelt», die von rund hundert an Umweltfragen interessierten FDP-Politikern und Parteimitgliedern besucht wurde. Die von Walter Schiesser, Präsident des Umweltausschusses, vorbereitete und geleitete Veranstaltung hatte sich zum Ziel gesetzt, im Zeichen der Deregulierung nach Wegen zu einer effizienteren Umweltpolitik zu suchen. Der Artikel auf Seite 13 und 14 knüpft an diese Tagung an.

Mit Blick auf das von Walter Schiesser formulierte Ziel wurde im ersten Teil der Veranstaltung mit Referaten in die Problematik eingeführt. Ständerat Riccardo Jagmetti orientierte über Stand und Entwicklung des Umweltschutzrechtes. Prof. Heribert Rausch skizzierte Verbesserungsmöglichkeiten im Verfahrensbereich, Georg Iselin setzte sich mit Verbesserungsmöglichkeiten im Bereich des materiel-

len Umweltrechtes auseinander, und Nationalrat Prof. Peter Tschopp zeigte Verbesserungsmöglichkeiten auf im Bereiche der Subventionen. Anschliessend diskutierten die vier Referenten sowie B. Wallimann, Stv. Direktor des Buwal, und Dr. Ch. Juen, Vortr., unter der Leitung von Ständerat Kurt Schüle auf dem Podium unter Einbezug des Plenums.

Basierend auf diesem ersten Teil der Veranstaltung, wurden sechs Empfehlungen formuliert



Er hat.

Spende Blut.  
Rette Leben.

\* Umweltbeauftragter HCB Umwelt und Ökologie, Siggenthal Station.



und vom Plenum mit grosser Mehrheit gutgeheissen.

Im zweiten Teil wurde sodann unter Mitwirkung prominenter Exponenten aus der Wirtschaft und der Bundesverwaltung in fünf Arbeitsgruppen in den Einzelbereichen Raumplanung und Verkehr, Luftreinhaltung, Abfallbewirtschaftung, Lärm sowie Na-

tur/Landschaft das Tagungsthema vertieft behandelt.

Im letzten Teil der Tagung wurden Empfehlungen und Thesen aus den Arbeitsgruppen dem Plenum unterbreitet und in konsultativen Abstimmungen jeweils gutgeheissen.

Fazit: Das anspruchsvolle Tagungskonzept hat gezeigt, dass es

nicht genügt, einen vermehrt marktwirtschaftlich orientierten Umweltschutz zu fordern: Wir müssen sagen, wer wo was tun kann und tun soll. Mit Blick auf dieses Ziel wurden an der Tagung Ansatzpunkte für Verbesserungen ermittelt und entsprechende Empfehlungen im Rohbau formuliert. Es wird nun darum

gehen, im Rahmen der «rollenden» Programmarbeit darauf aufbauend ein Positionspapier mit konkreten Vorschlägen und Empfehlungen für mehr Ökoeffizienz zu verfassen und den zuständigen Parteiorganen zur Verabschiedung zu unterbreiten. ■

# Bilaterale Verhandlung – wozu, wohin?

Nach dem Nein zum EWR-Vertrag vor über zwei Jahren war die europapolitische Ausgangsposition der Schweiz klar: Das Beitrittsthema war vom Tisch, eine Neuauflage des EWR-Vertrages war kurzfristig nicht opportun. Nur über bilaterale Verhandlungen konnte die Schweiz den Anschluss an den Binnenmarkt herstellen, nur über bilaterale Gespräche eine politische Isolation verhindern.

Dieser Annäherungsprozess liess zunächst auf sich warten, nun ist er in die Verhandlungsphase getreten. Von insgesamt 17 Verhandlungswünschen, die der Bundesrat unmittelbar nach dem EWR-Nein in Brüssel deponiert hat, werden 10 in einer ersten Phase behandelt. Die Schweiz spricht in diesem Zusammenhang von «Phase», die EU von einem «Paket». Denn Bern möchte einzelne Themen wie etwa die Forschungskoope- ration schnell erledigen und in Kraft setzen, Brüssel hingegen vertritt die Haltung, dass es nach dem EWR-Nein kein Rosinenpicken geben dürfe, und will eine Paketlösung, die ausgewogen ist.

Wenn die bilateralen Verhandlungen schweizerischerseits als «schwierig» eingestuft werden, dann nicht wegen der Verhandlungsmaterie. Diese ist seit dem EWR bekannt. Probleme bieten vielmehr das Management der unterschiedlichen schweizerischen Interessen, das heisst die Handhabung der unumgänglichen Kreuzkonzessionen, etwa Strassenverkehrszugeständnisse

(40 Tonnen) gegen EU-Marktchancen für die Swissair. Schwierig sind die Verhandlungen auch wegen der innenpolitischen Härtehaltungen beim Personenverkehr und beim Strassentransit. Auch bei den bilateralen Verhandlungen sind deshalb – wie schon beim EWR und bei allen anderen Verhandlungen auch – Krisen, Ernüchterungen oder Frustrationen programmiert. Auf die der europapolitische Haltung der Schweiz – egal, ob man Beitrittsbefürworter ist oder nicht – dürfen diese Zwischenergebnisse aber keinen Einfluss haben, auch ungeachtet der Parlamentswahlen.

Denn der bilaterale Weg der Schweiz muss zum Erfolg führen. Die Alternative lautet nicht Bilateralismus oder EWR oder EU-Betritt, sondern Bilateralismus oder Isolation wegen Vertragsunfähigkeit. Der bilaterale Weg ist schon deshalb die bessere Variante, weil er einerseits wirtschaftliche Problemlösungen bietet (etwa Beteiligung an EU-Forschungsprogrammen oder Anerkennung von Zertifikaten), andererseits weil er die Option einer weitergehenden Integration offenhält – ohne diese gleichzeitig naheulegen. Der Bilateralismus ist deshalb ein absolut eigenständiger, punktueller Integrationsversuch mit wirtschaftlichen Schwerpunkten, der auf einzelnen Sektoren Brücken schlägt und politische Handlungsfreiheit schafft.

Mit anderen Worten: wer den Bilateralismus insgesamt oder

einzelne Verträge daraus bekämpft, wählt als Option die wirtschaftliche und politische Totalisolation der Schweiz. Denn wer zu bilateralen Zugeständnissen an Brüssel nicht bereit ist, die in den meisten Fällen ja hinter dem EWR-Paket zurückbleiben, kann nicht aufrichtig für einen EWR II

oder eine Aktivierung des Beitrittsgesuchs eintreten. Auf die politischen Diskussionen und das Wahljahr 1995 übertragen, heisst dies, dass alle EU-Strategiediskussionen Sandkastenspiele bleiben, solange der bilaterale Weg nicht erfolgreich zurückgelegt ist. Und so gesehen prüfen die bilateralen Verhandlungen – zusammen mit dem Gatt-Referendum – auch, ob die Schweiz international überhaupt noch vertragsfähig ist.

*Roger Eric Schärer,  
Wintertbur*

Gaspard Schlatter

## Geht die Schweiz kaputt?

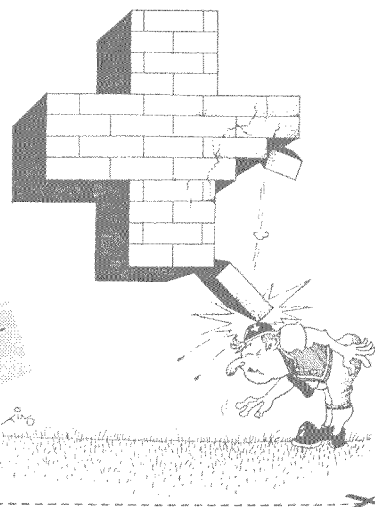
Unser Land am Scheideweg zwischen selbstverschuldetem Untergang und Neubeginn

Ein Buch, das alle liberal denkenden Menschen interessieren muss.

Format 13 x 21 cm, 336 Seiten, mit Zeichnungen illustriert.

Fr. 28.50

*Spannend – interessant – aufweckend*



Bitte senden Sie mir gegen Rechnung

\_\_\_\_\_ Ex. Gaspard Schlatter: Geht die Schweiz kaputt? Fr. 28.50 + Fr. 4.– Versandspesen.

Name \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Einsenden an: Verlag Schläpfer & Co. AG, Postfach, 9101 Herisau, oder direkt per Telefon 071/51 31 31.

# Ein Volksbegehren für den Misthaufen der Geschichte

Bundesverfassung und Gesetz sehen vor, dass eine Volksinitiative nur einen Gegenstand zum Thema haben darf. Die Bundesverfassung sagt in Artikel 121: Gegenstand einer Initiative soll jeweils nur ein Thema sein. Und das Gesetz über politische Rechte hält in Artikel 75 fest: Zwischen einzelnen Teilen eines Volksbegehrens muss ein sachlicher Zusammenhang bestehen. Massgeblicher Grund für diese Regelung ist die Tatsache, dass der Stimmbürger an der Urne keine differenzierten Antworten geben kann. Er kann nur ein Ja oder ein Nein in die Urne einlegen.

Die Halbierungsinitiative verlangt zunächst einmal eine schrittweise Reduktion der Militärausgaben bis zur Hälfte. Das freierwendende Geld möchten die Initianten aus der SP sodann für mehr Sozialausgaben und für mehr Entwicklungshilfe einsetzen. Der Stimmbürger kann zu diesem Paket von drei miteinander verknüpften Vorschlägen nur Ja oder Nein sagen. Wenn er zwar Geld einsparen möchte, dies aber für die Neat, die Nationalstrassen oder den Umweltschutz ausgeben möchte, kann er seinem Willen weder mit einem Nein noch mit einem Ja Ausdruck verleihen. Um dem Stimmbürger dieses Dilemma zu ersparen, hat der Gesetzgeber den Grundsatz der Einheit der Materie, wie einleitend dargestellt, geschaffen. Das wussten auch die Initianten, als sie ihre Initiative verfassten und einreichten.

Dass das Parlament jetzt dem verfassungsmässigen Grundsatz der einheitlichen Materie Nachachtung verschaffen will, ist höchste Zeit. Die Initiativenflut erreicht neuerdings absolute Höchstmarken: 45 Volksinitiativen und 27 Referenden stehen im Moment zwischen Sammelstadium und Abstimmung. Wenn wir pro Abstimmungstermin drei Geschäfte behandeln, haben wir ganze sechs Jahre, um allein die

anstehenden Volksbegehren zu bewältigen. Ungeachtet dessen, dass heute bald jeder Kaninchenzüchterverein mit etwas Geld eine Initiative zustande bringt, wurde und werden die Volksrechte laufend missbraucht. Dies ist vor allem von den Armeegegnern, die sich durch ihre «Kunstgriffe» höhere Chancen für ihre Begehren ausrechnen. Man reicht Initiativen ein, die um Jahre zurückliegende demokratische Entscheide rückgängig machen sollen (Rückwirkungsklauseln in der Anti-Waffenplatz- und in der Flugwaffenabschaffungsinitiative). Oder man legt ganze Pakete von sachlich nicht im Zusammenhang stehenden Massnahmen vor, welche eben die Einheit der Materie verletzen. Mit diesen Missständen soll und will das Parlament jetzt aufräumen – völlig zu Recht und im Interesse unserer Demokratie.

Es gibt im übrigen genug sachliche Argumente, um die Halbierungsinitiative zu kontern. Sie lauten kurz zusammengefasst:

■ Die Armee 95 ist nicht mehr das grosse Milizheer des kalten Krieges: Unsere Armee wurde drastisch verkleinert und der neuen Lage angepasst.

■ Kriege sind neuerdings auch in Europa wieder möglich geworden: Kriege und Krisen entwickeln sich schneller, als Armeen reformiert, halbiert und wieder aufgebaut werden können.

■ Die Friedensdividende ist ausgeschöpft: Die Bundesausgaben für die Landesverteidigung gingen von 1990 bis 1994 um 5 Prozent zurück; mit 1,5 Prozent Anteil der Verteidigungsaufgaben am BIP liegt in Europa nur noch Österreich tiefer.

■ Die Schweiz tut genug für die Dritte Welt: Die Entwicklungshilfe hat in den vergangenen Jahren massiv zugenommen (1990: 1,1 Milliarden Franken, 1992: 1,6 Milliarden Franken).

■ Der Sozialstaat Schweiz muss ab- und nicht ausgebaut werden:

Die Sozialausgaben des Bundes haben zwischen 1990 und 1994 um 65 Prozent (!) zugenommen. Die Totalausgaben (private und staatliche) des Schweizervolkes für soziale Sicherheit erreichten mit hundert Milliarden Franken im Jahr 1993 bereits 28 Prozent des BIP (d. h. jeder vierte Franken, der erarbeitet wurde!).

■ Die Schweiz ist friedenspolitisch ausreichend aktiv: Sie verteidigt sich selber, wird 1996 die OSZE präsidieren, hat alle multilateralen Rüstungskontroll- und Abrüstungsabkommen unterzeichnet, unterstützt IKRK und Uno und stellt sich als neutrale Vermittlerin zur Verfügung.

■ Die Initiative vernichtet rund 12 500 Arbeitsplätze: Die Armee ist ein volkswirtschaftlicher Faktor, von dem rund 25 000 Arbeitsplätze abhängen. Die Halbierung der Armeeausgaben vernichtet davon mindestens 12 500, ohne Ersatz zu schaffen.

Die Initiative der SPS wurde 1991 eingereicht, sie war ein Produkt der verfrühten Euphorie nach dem Fall der Berliner Mauer. Im heutigen Licht der Realitäten betrachtet, gehörte das Volksbegehren auf den Misthaufen der Geschichte.

*Dr. Daniel Heller,  
Grossrat, Aarau*

## Curciusa-Projekt

Die Freisinnig-Demokratische Partei des Kantons Graubünden nimmt vom Entscheid der Bündner Regierung, die Konzession zum Curciusa-Kraftwerk-Projekt zu genehmigen, mit Genugtuung Kenntnis. Der regierungsrätliche Entscheid hat im Umweltbereich sinnvolle Auflagen festgehalten, wie zum Beispiel Restwassermengen und Schutz der Biotope. In Abwägung der Interessen hat die Regierung klar die volkswirtschaftlichen, energiepolitischen und regionalen Argumente stärker gewichtet als die verbleiben-

den Auswirkungen auf die Umwelt.

Der Entscheid der Bündner Regierung entspricht den Anliegen und Forderungen der FDP Graubünden, wie sie in früheren Stellungnahmen festgehalten wurde. Abschliessend meint die FDP, dass alles, was jetzt gegen den Entscheid der Regierung unternommen wird, nur gegen volkswirtschaftliche und regionale Interessen laufe.

*Silvio Zuccolini  
Pressechef FDP Graubünden*

## VORANZEIGE

### Mehr Effizienz im Staat

**Montag, 18. September 1995, 14.00 Uhr bis 17.00 Uhr,  
Hotel Kreuz, Zeughausgasse 41, Bern**

Die FDP hat ein Positionspapier zum Thema «Effizienzsteigerung im staatlichen Bereich» erarbeitet und der Öffentlichkeit vorgestellt. An einer Tagung sollen nun konkrete Beispiele für Privatisierung, Outsourcing, New Public Management in Bund, Kantonen und Gemeinden erarbeitet und diskutiert werden.

Bitte reservieren Sie sich das Datum. Eine detaillierte Einladung folgt. Interessierte können sich bereits jetzt anmelden:

Name/Vorname: \_\_\_\_\_ Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_ Datum/Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51. ■

# Polit-Prominenz diskutiert mit Jugendlichen

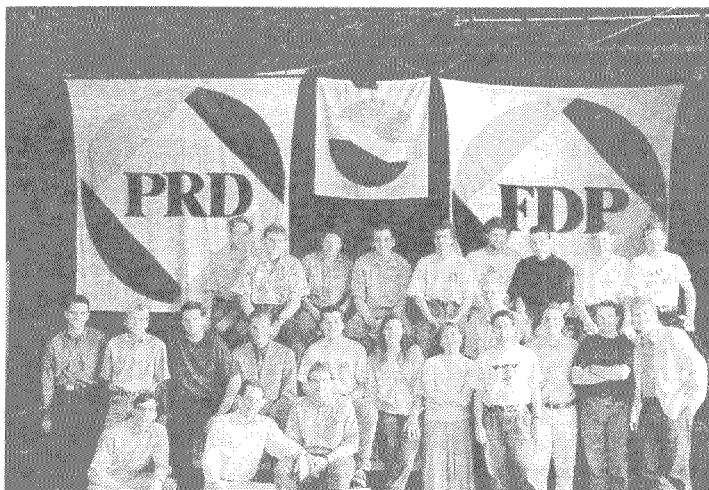
Der Ausschuss für Jugendpolitik der FDP Schweiz organisiert jedes Jahr zusammen mit der Jungliberalen Bewegung der Schweiz (JBS) eine exklusive Ausbildungswoche für Jugendliche. Den Jugendlichen stehen als Referenten und Diskussionspartner eidgenössische FDP-Parlamentarier und FDP-Parlamentarierinnen zur Verfügung. Einige Raschentschlossene haben noch die Möglichkeit, sich für die zweite Sommer-

universität, die vom 21. bis zum 25. August 1995 in Neuenburg stattfinden wird, anzumelden. Die Sommeruniversität steht allen politisch interessierten Jugendlichen (keine Parteimitgliedschaft erforderlich!) zwischen 18 und 28 Jahren offen. Die Diskussionen und Gespräche finden in zwei Gruppen auf französisch und deutsch statt. ■

## Programm der Sommeruniversität

Montag, 21. 8. 1995	Dienstag, 22. 8. 1995	Mittwoch, 23. 8. 1995	Donnerstag, 24. 8. 1995	Freitag, 25. 8. 1995
<b>Sozialpolitik</b> Peter Tschopp, NR GE Fritz Schiesser, SR GL  <b>Institutionen</b> Gilles Petitpierre, SR GE Christine Beerli, SR BE  <b>Podiumsdiskussion mit Bundesrat Kaspar Villiger</b> Maurice Jacot, Staatsrat NE Didier Burkhalter, Stadtpräsident NE  <b>Fahrt auf dem Neuenburgersee</b> Claude Frey, NR NE Thierry Béguin, SR NE	<b>Geschichte des Freisinns</b> Olivier Meuwly, Sekretär SGV Kurt Müller, alt NR ZH  <b>FDP Schweiz</b> Christian Kauter, Sekretär FDP CH Blaise Roulet, Sekretär FDP Romandie  <b>Öffentliche Finanzen</b> Pascal Couchepin, NR VS Franz Steinegger, NR UR  <b>Podiumsdiskussion mit Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz</b> G. Ramseyer, Staatsrat	<b>Aussenpolitik</b> Ernst Mühlemann, NR TG A. Schweingruber, NR  <b>Landwirtschaft</b> Jean-Nicolas Philipona, NR FR Christian Wanner, NR SO  <b>Sicherheitspolitik</b> Pierre Savary, NR VD Oskar Fritschi, NR ZH	<b>Diskussion mit François Couchepin, Bundeskanzler</b>  <b>Medienarbeit: Presse/Radio</b> Anna-Marie Kappeler, Journalistin François Tissot, Journalist Monique Pichonnaz, Journalistin Adolphe Ribordy, Chefredaktor Bruno Hofer, Journalist  <b>Bildung, Forschung</b> Bernard Comby, NR VS François Loeb, NR BE	<b>Medienarbeit: TV</b> Bruno Hofer, Journalist J.-C. Chappuis (SDES)

Telefonische Auskünfte bei Blaise Roulet, Sekretär Ausschuss für Jugendpolitik, Tel. (031) 311 34 38, oder bei Stefan Fritschi, Mitglied Ausschuss für Jugendpolitik, Tel. (052) 213 45 36.



Zufriedene Teilnehmer der Sommeruniversität 1994. (Photo B. R.)

### Anmeldung

Ich melde mich hiermit an für die zweite FDP/JBS-Sommeruniversität vom 21. bis zum 25. August 1995. Die Kosten betragen ca. Fr. 250.-. (Kost und Logis inbegriffen)

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_ PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_ Beruf: \_\_\_\_\_

Jahrgang: \_\_\_\_\_ Sprache:  Französisch  Deutsch

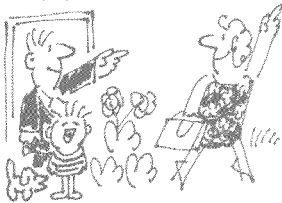
Politische Tätigkeit: \_\_\_\_\_

Coupon umgehend einsenden an FDP Schweiz, Blaise Roulet, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 311 34 38, Fax (031) 312 19 51. (Teilnehmerzahl beschränkt!)



# Freisinnige Positionen

Diese Broschüren können Sie bei uns bestellen.



Als Vater und Mütter werden Mann und Frau in ein viel zu enges Kleid gezwängt. Schneidern Sie mit uns ein neues!

**FDP**

1 Alles über die Gleichstellung.



Unser Staat legt jedem Neugeborenen 22'000 Franken Schulden in die Wiege. Die FDP sagt: unverantwortlich.

**FDP**

2 FDP-Finanz- und Steuerpolitik glasklar.



Die Arbeitslosenversicherung stoppt die Arbeitslosigkeit nicht. Darum wollen wir neue Arbeitsplätze schaffen.

**FDP**

3 Die einzige Strategie gegen Arbeitslosigkeit.

**Liberales Manifest**

Freiheit heute und morgen  
Verantwortung für Mitwelt und Nachwelt

**FDP**

4 FDP-Grundwerte.



Sport 2001

**FDP**

5 FDP und Sport: ein starkes Team.


Schimpfen tut gut. Verantwortung übernehmen ist besser.

Wir übernehmen Verantwortung

**FDP**

6 Mitgliederwerbung im Inland ...

Die Partei der Auslandschweizer  
**FDP SCHWEIZ INTERNATIONAL**  
Die politische Heimat für Schweizerinnen und Schweizer im Ausland  
The political home for Swiss abroad



**FDP**

7 ... und im Ausland.

**Jahresbericht Rapport annuel**

Die Arbeit der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz und der Freisinnig-Demokratischen Fraktion der Bundesversammlung

L'activité du Parti radical-démocratique suisse et du Groupe radical-démocratique de l'Assemblée fédérale

**94/95**

**FDP PRD PLR**

8 Der Jahresbericht.



Bitte senden Sie mir folgende Broschüren:

Broschüre Nr.  1  2  3  4  5  6  7  8

Kreuzen Sie die gewünschte Nummer an.

1 Exemplar gratis.

Bei mehreren Exemplaren kosten  
die Nummern 1 2 3 6 7 ..... je Fr. -50  
die Nummer 4 5 ..... Fr. 1.-  
die Nummer 8 ..... Fr. 5.-

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

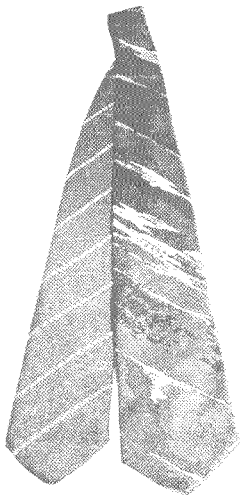
Datum/Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an:  
FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern  
Tel. (031) 311 34 38  
Fax (031) 312 19 51

# Chic und praktisch

Die FDP hat eine Reihe von qualitativ hochstehenden Accessoires mit einem diskret-elegantem «Touch» Freisinn. Wir stellen sie Ihnen auf dieser Seite vor. Bestellen Sie jetzt! Wollten Sie nicht schon längst dies oder

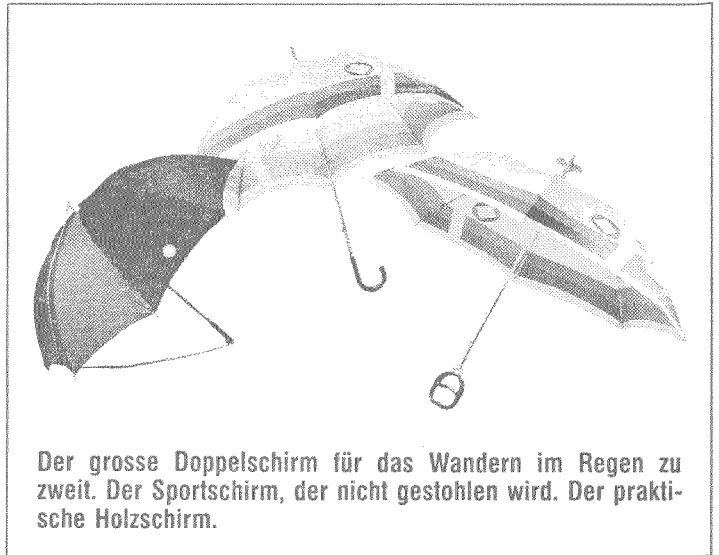
jenes jemandem oder sich selber schenken? Benutzen Sie im Wahljahr unsere neue Konferenzmappe, tragen Sie eine FDP-Krawatte, stecken Sie sich einen Pin an, verschenken Sie die Festschrift «Hundert Jahre FDP».



Die Krawatte classic oder die Krawatte new look, die Mann einfach haben muss.



Die Festschrift mit 24 Beiträgen von klugen Köpfen: ein Buch von 245 Seiten für die Schweiz von gestern, heute und morgen.



Der grosse Doppelschirm für das Wandern im Regen zu zweit. Der Sportschirm, der nicht gestohlen wird. Der praktische Holzschirm.

## Talon

### Ich bestelle:

- \_\_\_\_\_ Ex. Konferenzmappe à Fr. 40.–
- \_\_\_\_\_ Ex. FDP-Pin 100 Jahre à Fr. 5.–
- \_\_\_\_\_ Ex. Portefeuille à Fr. 44.–
- \_\_\_\_\_ Ex Doppelschirm à Fr. 30.–
- \_\_\_\_\_ Ex. Sportschirm à Fr. 30.–
- \_\_\_\_\_ Ex. Holzschirm à Fr. 35.–
- \_\_\_\_\_ Ex. Krawatte classic à Fr. 40.–
- \_\_\_\_\_ Ex. Krawatte new look à Fr. 40.–
- \_\_\_\_\_ Ex. Festschrift à Fr. 15.–

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

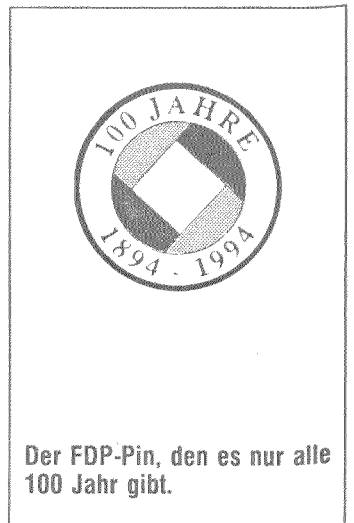
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

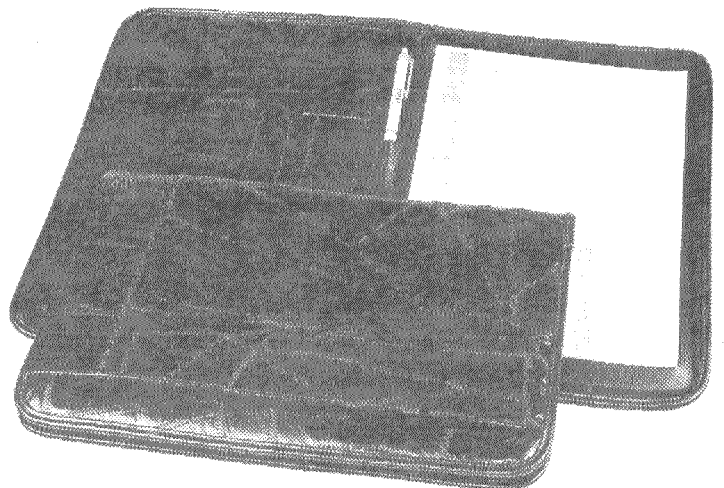
Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51.



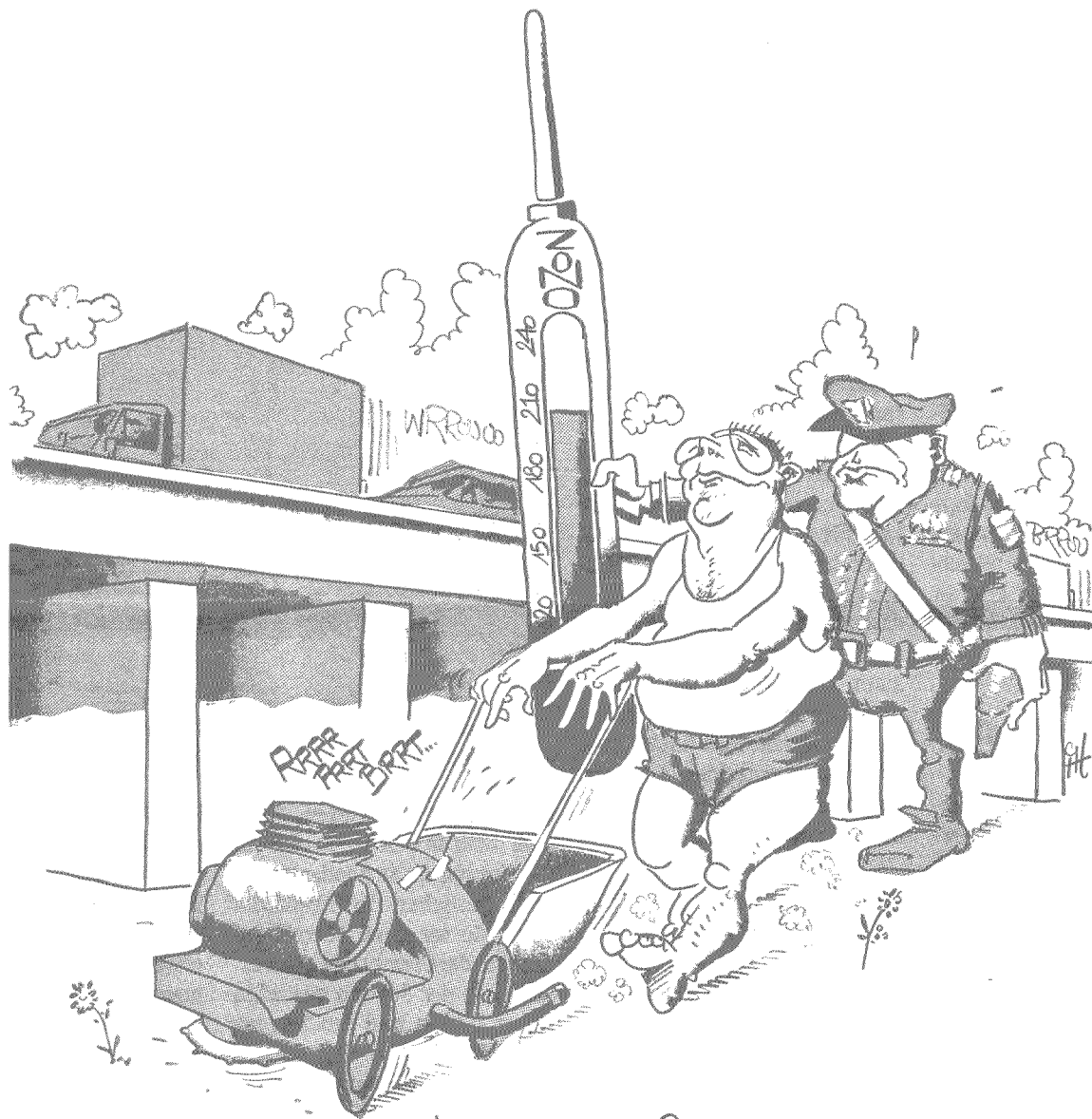
Das solide und handliche Portefeuille mit dem FDP-Emblem und der Agenda aus bestem Anilinleder in Bordeaux.



Der FDP-Pin, den es nur alle 100 Jahr gibt.



Die praktische Konferenzmappe der FDP in schwarzem Patchwork-Leder mit Schreibblock und Kugelschreiber.



NEUE DEUTSCHE GESETZGEBUNG:  
OZONALARM - FAHRVERBOT FÜR BENZINMOTOREN

Karikatur Andreas Töns



# «Für die Schweiz das Maximum herausholen!»

Ziel einer FDP-Veranstaltung war, die Bevölkerung über die laufenden bilateralen Verhandlungen zu informieren. Die Verhandlungsführer sind entschlossen, für die Schweiz das Maximum herauszuholen.

df. Die Freisinnig-Demokratische Partei des Kantons Zürich führte am 17. Mai im SKA-Forum in Zürich die erste von drei Vorabendveranstaltungen zu Europa und den bilateralen Verhandlungen durch. Parteipräsident Walter Bosshard, Horgen, erinnerte bei seiner Begrüssung daran, dass die FDP des Kantons Zürich sich seinerzeit mit Nachdruck für den EWR eingesetzt habe und dass sie auch heute für die Öffnung der Schweiz gegenüber der Welt einstehe. Bosshard kündigte ferner an, dass die FDP des Kantons Zürich sich an einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung Ende August 1995 in bezug auf Europa und die bilateralen Verhandlungen klar politisch äussern werde.

## «Das Maximum für die Schweiz herausholen!»

Botschafter Bruno Spinner, Horgen, der unmittelbar vor der Ver-

anstaltung aus Brüssel zurückgekommen war, bewies, dass auch die Unterhändler einfach und verständlich über die komplizierten Verhandlungen berichten können. Die Schweiz und die EU verhandeln zurzeit über die folgenden sieben Bereiche: die Forschung, den Abbau technischer Handelshemmnisse, das öffentliche Beschaffungswesen, die Landwirtschaft, die Liberalisierung im Personenverkehr, den Land- und den Luftverkehr.

Spinner hob hervor, dass die Liberalisierung im Personenverkehr für die Schweiz von besonderer Bedeutung sei. In der EU ist der Personenverkehr so geregelt, dass nur derjenige seinen Wohnsitz in ein anderes Land verlegen kann, der auch über einen Arbeitsplatz verfügt. Die Arbeitslosigkeit kann also nicht zwischen den einzelnen Ländern hin und her geschoben werden. Die Schweiz will aber in den bi-

chen Mühe mit dem Geben. In bezug auf die bereits von Botschafter Spinner aufgeworfene Frage der Freizügigkeit im Personenverkehr meinte Spoerry, dass die Schweiz mit 18 Prozent Ausländern im internationalen Vergleich den höchsten Anteil habe.

Die Angst gewisser Teile der Bevölkerung sei deshalb sicher



Botschafter Spinner: direkt aus Brüssel.

(Photos A. Sprigo)



Nationalrätin Spoerry: EU-Abstimmung frühestens in zehn Jahren.

lateralen Verhandlungen trotzdem nicht so weit gehen. Sie will den Zugang der Ausländer zu den schweizerischen Arbeitsplätzen nach wie vor kontrollieren, indem sie die Gesamtzahl der Ausländer in der Schweiz weiterhin selber festlegt und den Vorrang der Schweizer vor den Ausländern sicherstellt. Spinner machte deutlich, dass die Schweizer Unterhändler das Maximum für die Schweiz herausholen wollen. Dies sei aber nur möglich, wenn nicht schon während der Verhandlungen von der Schweiz aus immer wieder auf die Unterhändler «geschossen» werde.

## EU-Abstimmung frühestens in zehn Jahren

Nationalrätin und Ständeratskandidatin Vreni Spoerry, Horgen, betonte, dass bei Verhandlungen immer Geben und Nehmen die Devise sei. Die Schweiz habe aber manchmal ein biss-

berechtigt. Es sei aber auch die aktuelle Regelung der Ausländerpolitik zu hinterfragen und nicht immer alles so darzustellen, als ob der gegenwärtige Zustand ohne Probleme wäre. Spoerry meinte weiter, dass die Überlegungen des Bundesrates, die Schweiz fahre am besten, wenn sie langfristig der EU beitrete, die Verhandlungen nicht störten. Im Gegenteil: Ein Mietvertrag für ein Haus falle auch nicht schlechter aus, wenn man ankündige, das Haus später vielleicht kaufen zu wollen.

Spoerry erklärte weiter, in der jetzigen Situation komme eine Abstimmung über einen EU-Beitritt der Schweiz wohl frühestens in zehn Jahren in Frage. Die Schweiz habe also genügend Zeit, die Weiterentwicklung der EU zu beobachten. Die bilateralen Verhandlungen seien nötig, um die Interessen der Schweiz gegenüber der EU zu wahren. ■